



Greenpeace – ungemein nützlich

Einsatz und Verantwortung
für Umwelt und Gesellschaft

Inhalt

| | |
|---|-----------|
| Vorwort | 03 |
| Wie alles begann: Greenpeace übernimmt Verantwortung | 04 |
| Greenpeace bewahrt die Lebensgrundlagen für unsere Kinder | 06 |
| Klima und Energie: Deutschland, Initiator der Energiewende – auch dank Greenpeace | |
| Wälder: Schutzgebiete rund um den Globus durchgesetzt | |
| Wasser: Hoffnung für belastete Flüsse | |
| Fischfang: Bestände vor Überfischung schützen | |
| Greenpeace schreibt Rechtsgeschichte | 12 |
| Keine Patente auf Stammzellen: Sieg vor dem Europäischen Gerichtshof | |
| Keine Patente auf Pflanzen und Tiere – meint auch der Bundestag | |
| Gentechnik: Kennzeichnung auch dank Greenpeace | |
| Auskunftsrechte: Greenpeace stärkt die Transparenz – für alle | |
| Greenpeace gibt Anstöße für Technik, Wissenschaft und Bildung | 16 |
| Natürlich und klimafreundlich kühlen: der Greenfreeze | |
| Cool durch Sonne: der SolarChill | |
| Spritverbrauch halbieren: der SmLE | |
| Neue Erkenntnisse über Arktis und Antarktis: Expeditionen mit Wissenschaftler*innen | |
| Umweltbildung für die Jugend: das „Nachhaltigkeitsbarometer“ | |
| Greenpeace leistet Katastrophenhilfe und -vorsorge | 18 |
| Fukushima: Unabhängige Messungen zum Schutz der Bevölkerung | |
| Russland: Freiwillige im Einsatz gegen Waldbrände | |
| Bergwaldprojekt: Über eine Million neue Bäume | |
| Greenpeace verändert den Markt | 20 |
| Fischsortiment: Supermärkte denken um | |
| Anbaumethoden: Die Region Almería geht neue Wege | |
| Mit Freiwilligen im Dienst der Gesellschaft | 21 |
| Greenteams: Clevere Köpfe für die Umwelt | |
| Die Jugendarbeitsgruppen: Volle Power für unsere Erde | |
| Die lokalen Greenpeace-Gruppen: Engagement vor Ort | |
| Die Team50plus: Lebenserfahrung für den Umweltschutz | |
| Chronik: Greenpeace-Erfolge für die Umwelt – eine Auswahl | 27 |

Herausgeber Greenpeace e.V., Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040.30618-0, F 040.30618-100, mail@greenpeace.de, www.greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin**, Marienstr. 19-20, 10117 Berlin, T 030.308899-0 **V.i.S.d.P.** Dr. Dietmar Kress
Autorinnen Alexandra Boehlke, Heike Dierbach, Kerstin Eitner, Michael Günther, Anja Oeck, Manfred Redelfs **Redaktion** Alexandra Boehlke, Heike Dierbach **Bildredaktion** Sonja Umhang **Produktion** Birgit Matyssek **Gestaltung** Claudia Becker **Fotos** Titel: Ruben Neugebauer, Daniel Müller, Jens Küsters, Nick Cobbing, S. 4: Pierre Gleizes, Wolfgang Hain, S. 5: Martin Langer, Steve Morgan, S. 6: Stefan v. Stengel, S. 7: Greenpeace, S. 8: Steffen Hauser, S. 9: Qiu Bo, Wu Di, S. 10/11: Stephan Morgenstern, Guillaume Bassinet, Pierre Gleizes, S. 12/13: Paul Langrock (2), S. 14: Paul Langrock, S. 15: Emile Loreaux, Axel Kirchof, S. 17: Christian Åslund, S. 18/19: Christian Åslund, Noda Masaya, Andrea Gaspar-Klein, S. 20: Angel Garcia, S. 21: Bernd Lauter, S. 22: Bernd Lauter, Bente Stachowske, S. 23: Fred Dott, S. 24: Greenpeace, S. 25: Bernd Lauter, S. 26: Bente Stachowske, Paul Langrock, S. 27: Robin Culley, Stefan v. Stengel, S. 28: Sabine Vielmo, Paul Langrock, S. 29: David Sims, S. 30: Fred Dott, Gordon Welters, S. 31: Jannes Stoppel, Daniel Müller, alle © Greenpeace **Druck** Druckerei Zollenspieker, Zollenspieker Hauptdeich 54, 21037 Hamburg **Auflage** 5000 Exemplare **Gedruckt auf** 100% Recyclingpapier **Stand** 03/2019

Zur Deckung unserer Herstellungskosten bitten wir um eine Spende:
GLS Gemeinschaftsbank eG, IBAN DE49 4306 0967 0000 0334 01, BIC GENODEM1GLS

◀ Titelbilder

2018, Deutschland: Jugendliche protestieren für mehr Klimaschutz (oben links); 2016, Deutschland: Transparenter Lesesaal (oben rechts); 2000, Deutschland: TBT-Protest (unten links); 2009, Arktis: Wissenschaftler messen die Dicke des Meereises (unten rechts)

Vorwort

Im Jahr 2020 feiert Greenpeace Deutschland seinen 40. Geburtstag. Bereits der letzte runde Jahrestag war Anlass für eine Rückschau auf mehrere Jahrzehnte erfolgreicher Arbeit für die Umwelt. Zum damaligen Jubiläum schrieb der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer: „Die schlimmsten Auswüchse der sichtbaren Umweltzerstörung sind auch dank Greenpeace beseitigt.“¹ 74 Prozent der Deutschen fanden Greenpeace in seinem 30. Geburtstagsjahr genauso wichtig oder sogar noch wichtiger als zur Zeit der Gründung. Wäre Greenpeace eine Partei gewesen, hätte diese mit einem Stimmenanteil von 26 Prozent – bei den 18 bis 29-Jährigen waren es sogar 30 Prozent – Aussicht auf Regierungseteiligung gehabt.² Seit dem Jubiläum sind weitere starke Kampagnen und Erfolge dazugekommen, um den Planeten für unsere Kinder und Enkel bewohnbar und lebenswert zu erhalten.

Allerdings hat sich Greenpeace Deutschland in den Jahrzehnten nicht nur Freund*innen und rund 590.000 Förder*innen³, sondern auch mächtige Feind*innen gemacht. Darunter sind immer wieder einige, die der Umweltschutzorganisation den Status der Gemeinnützigkeit entziehen möchten, um lästige Kritik zu erschweren. Die Gemeinnützigkeit ist im deutschen Recht mit einer Reihe von Erleichterungen verbunden, um die wichtige Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NGOs), von Vereinen und Verbänden zu fördern. So können Spender*innen ihre Beiträge zum Beispiel von der Steuer absetzen.

Gemeinnützig ist eine Organisation laut Gesetz, „wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern“⁴ – unter anderem in den Bereichen Umweltschutz, Verbraucherberatung oder bürgerschaftliches Engagement. Greenpeace ist gemeinnützig – auch viele Repräsentant*innen aus Politik und Gesellschaft erkennen das an: „Schon heute leisten Institutionen wie

Greenpeace, wie die Welthungerhilfe und wie Amnesty International unendlich viel für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Millionen von Menschen und für die Durchsetzung der Menschenrechte“, sagte der damalige Bundespräsident Horst Köhler am 27. März 2009 in der Frankfurter Paulskirche anlässlich des 160. Jahrestages der ersten deutschen Verfassung.⁵ Umweltschutz gehört mittlerweile „zu den allgemein akzeptierten gesellschaftlichen Aufgaben. An diesem Wertewandel hat Greenpeace maßgeblichen Anteil“, meinte auch Hans-Werner Sinn, bis 2016 Präsident des ifo-Instituts.⁶ Bundeskanzlerin Angela Merkel lobte „vor allem die kontinuierliche und fachkundige Sacharbeit, mit der Greenpeace zu den Diskussionen einzelner Themenfelder beiträgt“.⁷ Und der damalige Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz sagte 2013 anlässlich des Umzugs von Greenpeace Deutschland in die Hafencity: „Einsatz und Hilfsbereitschaft, bei Greenpeace oft ohne Furcht vor persönlichen Risiken und Konsequenzen – sich einmischen und sich kümmern, entschlossen helfen und eindeutig Position beziehen, was sich ja nicht widerspricht, sondern ergänzt: Das ist auch für unsere Stadt wichtig, und wir freuen uns, Greenpeace hier in Hamburg zu haben.“⁸

Die Liste unserer umweltpolitischen Beiträge und Erfolge ist lang. In diesem Report können Sie sich einen Eindruck von der Greenpeace-Arbeit verschaffen. Er stellt beispielhaft zusammen, wie Kampagnen von Greenpeace positive Entwicklungen – nicht nur für die Umwelt, sondern auch für die Gesellschaft – gefördert oder ausgelöst haben. Diesen Weg gehen wir unbeirrt weiter. Getreu unserem Motto: Taten statt Warten!

Roland Hipp

Geschäftsführer Greenpeace e.V.

Martin Kaiser

Geschäftsführer Greenpeace e.V.

Wie alles begann: Greenpeace übernimmt Verantwortung

Als Greenpeace 1971 in Kanada gegründet wurde, war die Haltung vieler Länder zu Umweltschutz und gemeinsamer Verantwortung noch eine ganz andere als heute. Fast alle Staaten pochten auf ihre Souveränität und hielten sich für gänzlich frei, Landschaften und Naturschätze auszubeuten, zu verbrauchen oder zu ruinieren. Die Ozeane, die Atmosphäre und das Klima galten als „gemeinfrei“, das heißt: Jeder Staat hielt sich für berechtigt, damit auf dem eigenen Territorium nach Belieben umzugehen. Eine gemeinsame Verantwortung wurde kaum anerkannt. Allein die Hohe See war gerade als gemeinsames Erbe der Menschheit entdeckt worden – aber zunächst nur, um die Bodenschätze der Tiefsee aufzuteilen. Die Atmosphäre, der Fischreichtum der Meere, die Artenvielfalt und die großen Waldgebiete wurden nicht zum gemeinsamen Erbe gezählt.

Entsprechend verhielten sich viele Staaten: Atombombenversuche belasteten mit radioaktivem Niederschlag die Atmosphäre, Atommüll wurde einfach in Fässern in die Nordsee gekippt, Dünnsäure im Meer verklappt. Wale und Seehunde wurden hemmungslos gejagt, Industrieabgase belasteten die Menschen und verkürzten die Lebenserwartung. Die Auswirkungen dieser Abgase überschritten Landesgrenzen und gefährdeten die Lebensgrundlagen in ganzen Regionen, wie dies zuvor nur große Kriege vermocht hatten. Bereits damals war dies mit den Menschenrechten – und damit auch

mit dem Völkerrecht – kaum vereinbar.

Denn die Ausübung der Menschenrechte setzt voraus, dass eine gesunde, lebenswerte und vielgestaltige Umwelt erhalten bleibt.

Die Staaten waren dabei in gewisser Weise auch blind für ihre eigene Legitimität, ihre Existenzberechtigung. Denn Staaten existieren nicht um ihrer selbst willen. Ihre Legitimation hängt davon ab, dass sie dem Staatszweck gerecht werden. Dazu gehören die Friedensfunktion und die Sicherheit ihrer Bürger, die Freiheitsgewährleistung, der soziale Ausgleich und, spätestens seit dem Zweiten Weltkrieg, auch die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen. „Allein der Staat ist aufgrund seines Rechtsetzungsmonopols in der Lage, über Art und Umfang der Umweltnutzung und Umweltbelastung zu entscheiden. Somit trifft ihn auch die Verantwortung dafür, dass die erlaubte Umweltnut-



Greenpeace-Aktionen (1981) gegen Atommüllentsorgung im Meer (oben, seit 1993 endgültig verboten) und gegen dioxinhaltige Emissionen bei „Boehringer“ (unten, wenige Jahre später wird die Chemiefabrik geschlossen).

zung die Umwelt nicht zerstört. Und die verbotene Umweltbelastung kann und muss er mit seinem Gewaltmonopol unterbinden. (...) Die Verletzung der Pflicht zur Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen des Menschen erschüttert die Legitimität des Staates und der freiheitlichen Verfassung“, so der Staatsrechtler Dietrich Murswiek.⁹

Greenpeace nahm die Unverantwortlichkeit vieler Staaten nicht hin. Die Organisation wollte nicht, wie viele zuvor, in einer Opferrolle verharren, sondern begann couragiert, unsere Lebensgrundlagen zu verteidigen. Dafür nahmen die Aktivist*innen notfalls auch Konfrontationen in Kauf, sei es mit den Regierungen der USA, Frankreichs, der Sowjetunion oder Deutschlands. Schiffe wurden gechartert, um auf der Hohen See und in den Polarregionen präsent zu sein, Umweltverbrechen zu recherchieren und sie für die Öffentlichkeit zu dokumentieren. All dies war neu und unterschied sich von den traditionellen Umwelt- und Naturschutzverbänden, die sich mehr auf die Bewahrung nationaler Schutzgebiete und Umweltgüter beschränkten. Ganz entscheidend für die Erfolge und die Glaubwürdigkeit von Greenpeace war – und ist – die strikte Gewaltfreiheit sowie die völlige Unabhängigkeit von Politik, Parteien und Unternehmen. Aber auch der wissenschaftliche Ernst überzeugt viele, selbst Gegner. Aktionen geben Impulse für das Völkerrecht. Dieses gesteht Nichtregierungsorganisationen wie Amnesty





▲ Die „MV Greenpeace“ 1988 beim Einsatz während der Antarktis-kampagne: Greenpeace engagiert sich ab 1983 für den Schutz der sensiblen Region – 1991 wird der Schutzvertrag beschlossen.

◀ 1999: Greenpeace-Protest im Hamburger Hafen gegen giftiges TBT in Schiffsfarben – 2001 wird ein Verbot der Substanz entschieden.

International, Greenpeace und dem Roten Kreuz partielle Völkerrechtssubjektivität zu.¹⁰ Der angesehene Völkerrechtler Knut Ipsen begründet das mit der Wahrnehmung von Kontroll-, Überwachungs- und Implementierungskompetenzen: „Dabei kommt es nicht darauf an, dass tatsächlich die Möglichkeit der Durchsetzung gegeben ist. Voraussetzung ist vielmehr eine Trägerschaft völkerrechtlicher Rechte und/oder Pflichten, die ein Minimum an Beachtung finden oder denen zumindest die Chance der Beachtung zukommt. (...) Die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten dieser als internationale Interessenverbände wirkenden Organisationen sind nicht zu unterschätzen.“¹¹

Der ehemalige Präsident des Internationalen Seegerichtshofs in Hamburg, Rüdiger Wolfrum, betonte, dass das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen eine aktive Beteiligung von Greenpeace und anderen NGOs an der Durchsetzung des Umweltschutzes im Völkerrecht möglich gemacht habe. So hätte der Konflikt zwischen Shell und Greenpeace um die Versenkung der Ölplattform „Brent Spar“ (1995) auch von beiden Kontrahenten gemeinsam dem Internationalen Seegerichtshof zur Entscheidung vorgelegt werden können.¹² Als „partielles Völkerrechtssubjekt“ nimmt Greenpeace zweifelsfrei Gemeinwohlaufgaben im Rahmen der Völkerrechtsgemeinschaft wahr – ein einzelner Staat kann das kaum noch in Frage stellen. Immer wieder haben Greenpeace-Aktionen – selbst, wenn sie zunächst rechtswidrig

erschieden – auch dazu beigetragen, nationale und internationale Gesetze weiterzuentwickeln. Besonders wichtige gesetzliche Folgen des Greenpeace-Engagements sind der Antarktis-Schutzvertrag (1991), das Versenkungsverbot für Ölplattformen (1998) oder das Verbot des giftigen Schiffsanstriches TBT (2001). Beispiele aus jüngerer Zeit sind unter anderem Urteile, die die Rechte der deutschen Bürger*innen gegenüber Atomkonzernen stärken – so etwa die Entscheidung des Schleswig-Holsteinischen Oberverwaltungsgerichts 2013, die Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel aufzuheben. Grund sind die nicht berücksichtigten Risiken durch mögliche Terrorangriffe.¹³ Greenpeace wird regelmäßig zu internationalen Konferenzen eingeladen, von Parlamenten angehört und auch vom Bundesverfassungsgericht als sachkundiger Dritter zur Stellungnahme¹⁴ aufgefordert. Die Organisation stößt nicht nur Diskussionen an und begleitet sie mit Expertise, sie unterstützt die Kläger auch juristisch. Greenpeace ist überparteilich und finanziell unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Alle Einzelspenden ab 5000 Euro werden geprüft. Stammen sie von Unternehmen, wird die Summe abgelehnt und zurücküberwiesen. Rund 590.000 Fördermitglieder sind die finanzielle Basis von Greenpeace – und eine große und wirksame Bürgerinitiative für die ökologische Weiterentwicklung unserer Gesellschaft.

Michael Günther
Rechtsanwalt

Greenpeace bewahrt die Lebensgrundlagen für unsere Kinder

Die globalen sozialen und ökologischen Probleme können heute nicht mehr von Nationalstaaten allein bewältigt werden. Internationalen Nichtregierungsorganisationen wie Greenpeace fällt deshalb eine immer wichtigere Rolle zu. Sie leisten einen entscheidenden Beitrag, um Missstände öffentlich zu machen, Verantwortliche zu benennen und Vorschläge für Lösungen zu unterbreiten, die das Gemeinwohl an die erste Stelle setzen. Dabei haben erfolgreiche Kampagnen in einem Land oft Signalwirkung für andere Regionen.



Bereits 1986 setzen Greenpeace*innen am Bauort der damals geplanten „Wiederaufarbeitungsanlage“ für Atommüll in Wackersdorf ein Zeichen gegen Atomkraft und für erneuerbare Energien.

Klima und Energie: Deutschland, Initiator der Energiewende – auch dank Greenpeace

Als eine der ersten Organisationen setzte sich Greenpeace in Deutschland für den Ausbau erneuerbarer Energien ein. Schon 1986, nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und bei Aktionen gegen die geplante „Wiederaufarbeitungsanlage“ in Wackersdorf, stand auf Greenpeace-Transparenten: „Wir setzen auf die Sonne“ und „Sonne statt Plutonium“. 1990 schickte Greenpeace eine schwimmende Ausstellung zu regenerativen Energien auf eine Tour über deutsche Flüsse und Kanäle. 1991 folgte eine weitere Ausstellung, „Zukunft Sonne“. Die Skepsis in Politik und Wirtschaft war damals groß: Nie würden Sonne, Wind und Wasser mehr als ein paar Prozent des Energiebedarfs decken können, so die landläufige Meinung. Doch Greenpeace ließ sich nicht beirren: Immer wieder erinnerte die Organisation mit großen Kampagnen an die Gefahren von Atomkraft und Kohleverbrennung, legte Lösungsvorschläge vor, wie Energiewende und Klimaschutz in Deutschland gelingen können, berechnete konkrete Szenarien¹⁵, überzeugte Verantwortliche in Politik und Wirtschaft. Dabei gingen die Organisation und die Greenpeace-Aktivist*innen oft Risiken ein, sie wurden angefeindet und mit rechtlichen Konsequenzen bedroht.

Und heute? Heute haben die Erneuerbaren Energien einen Anteil von rund 36 Prozent am Bruttostromverbrauch.¹⁶ Dieser Beitrag soll bis zum Jahr 2025 auf 40 bis 45 Prozent und bis 2035 auf 55 bis 60 Prozent steigen. Bis 2050 will die Bundesregierung sogar einen Anteil von mindestens 80 Prozent erreichen.¹⁷ Viele Länder schauen auf Deutschland – darauf, ob der „deutsche Weg“ für mehr Klimaschutz und hin zu einer erneuerbaren Energiezukunft gelingt. Greenpeace agiert über nationale Grenzen hinweg: 2007 legte die Organisation, gemeinsam mit dem Dachverband der Europäischen Erneuerbaren Energien-Industrie, erstmals einen Masterplan für eine globale Energiewende vor.¹⁸ Der ehemalige Vorsitzende des Internationalen Klimarates IPCC, Rajendra Pachauri, lobte die „inspirierende Analyse“.¹⁹ Der damalige EU-Energiekommissar Günther Oettinger nannte später eine überarbeitete Version des Energiekonzeptes „seriös und frei von Ideologie“.²⁰ 2011 bestätigte die damalige CDU/CSU/FDP-Bundesregierung den – zwischenzeitlich zurückgenommenen – Atomausstieg, denn: Der mehrfache Super-GAU in Fukushima hatte erneut gezeigt, dass diese Technik unbeherrschbare Risiken birgt. Acht deutsche Atomkraftwerke mussten zeitnah ihren Betrieb einstellen, die restlichen wurden und werden sukzessive bis 2022 abgeschaltet.²¹ Die Energiekonzerne E.on, RWE und Vattenfall legten Verfassungsbeschwerden ein: Sie



Nach dem 2011 für Deutschland beschlossenen Atomausstieg ist der nächste dringliche Schritt auf dem Weg in eine sichere und saubere Energiezukunft der Kohleausstieg: Greenpeace engagiert sich für einen ehrgeizigen Fahrplan zum Ausstieg aus der Kohle, oft in einem breiten Bündnis wie im Herbst 2018 in Hambach.

wollten, ungeachtet der politischen und gesellschaftlichen Mehrheitsmeinung, weiter mit alten Atomkraftwerken Profit machen. Das Bundesverfassungsgericht forderte Greenpeace als sachkundigen Dritten zur Stellungnahme auf. Die Entscheidung²², die das Bundesverfassungsgericht 2016 traf, stimmte in wesentlichen Punkten mit der Stellungnahme²³ von Greenpeace überein, an mehreren Punkten bezog sich das Gericht zudem explizit auf die Äußerungen von Greenpeace und stützte seine Entscheidung auch auf die Ausführungen von Greenpeace. Aufgrund seines Engagements erfuhr Greenpeace in dem Verfahren viel Anerkennung. Greenpeace zeigte früh: In Deutschland ist die vollständige Energiewende bis 2050 möglich.²⁴ Der Beschluss, aus der Atomenergie auszusteigen, war ein erster, wesentlicher Schritt in Richtung einer sicheren Energiezukunft. Der nächste ist der Ausstieg aus der Kohle. Er ist zentraler Baustein, mit dem Deutschland die 2015 im Klimaabkommen von Paris vereinbarten Ziele erreichen kann. Greenpeace gestaltet diesen Weg aktiv mit: Als Mitglied der 2018 von der Bundesregierung eingesetzten Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, kurz Kohlekommission²⁵, setzte sich Greenpeace zusammen mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteur*innen für einen konkreten Fahrplan für den Kohleausstieg ein. Anfang 2019 ist mit dem erzielten Kompromiss²⁶ ein erster Schritt in Richtung Kohleaus-

stieg gegangen worden, und nach Jahren des Stillstandes kommt wieder Bewegung in die klimapolitische Debatte Deutschlands. Als Greenpeace 2008 erstmals ein konkretes Kohleausstiegsgesetz²⁷ vorlegte, erschien ein Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohle den meisten noch vollständig undenkbar.

Wälder: Schutzgebiete rund um den Globus durchgesetzt

Holzeinschlag, oft illegal, Brandrodung sowie die Umwandlung in Ackerland, vor allem für den Futtermittelanbau und die Papierherstellung, sind die Hauptursachen für den Waldverlust. Er betrifft uns alle, denn Wälder haben eine zentrale Funktion im Klimasystem der Erde. Greenpeace stellt sich der Abholzung entgegen, rund um den Globus. Viele Waldgebiete stehen heute auch deshalb unter Schutz oder sind überhaupt noch vorhanden, weil Greenpeace immer wieder protestiert, informiert und verhandelt hat, auch mit der Unterstützung von Greenpeace Deutschland. Eine Auswahl:

Finnland und Russland

Die nordischen borealen Wälder bilden das größte Waldökosystem der Erde. Seit 2000 hat sich Greenpeace gemeinsam mit den Ureinwohner*innen Nordfinlands, den Sámi, für den Erhalt dieser letzten Naturparadiese engagiert.



Ab 1997 engagierte sich Greenpeace auch in Deutschland mit den Ureinwohner*innen der Region für den Erhalt des Great-Bear-Regenwaldes in Kanada. Seit 2016 sind 85 Prozent der bewaldeten Fläche des Regenwaldes geschützt.

Greenpeace-Aktivist*innen überstanden harte Konfrontationen mit der finnischen Holzindustrie und protestierten auf der Ostsee gegen Papierlieferungen von Urwaldholz aus der Region. Waldexpert*innen der Umweltschutzorganisation leisteten Überzeugungsarbeit bei großen Verlagen wie Burda, Bauer, Axel Springer, Spiegel und Gruner + Jahr. Mit Erfolg: 2009 und 2010 stellte die finnische Regierung 250.000 Hektar Wald unter Schutz.²⁸

Und in Russland trugen Greenpeace-Aktivist*innen dazu bei, dass der Kalevalski-Urwald 2006 zum Nationalpark erklärt wurde. Sie setzten sich direkt vor Ort für den Schutz des Waldes ein und protestierten an Holzfrachtern mit russischem Urwaldholz in deutschen Häfen. Greenpeace kämpfte über zehn Jahre für den Kalevalski-Urwald.²⁹

Kanada

Mit 6,4 Millionen Hektar ist der Great-Bear-Regenwald in British Columbia der größte gemäßigte Küstenregenwald der Erde. Ab 1997 engagierte sich Greenpeace gemeinsam mit den Ureinwohner*innen für seinen Erhalt. 2009 stellte die kanadische Regierung 2,1 Millionen Hektar dauerhaft unter Schutz und sperrte weitere 700.000 Hektar für Bergbau und Forstwirtschaft.³⁰ 2016 konnte dann nach weiteren Verhandlungen die endgültige Einigung erzielt werden: 85 Prozent der bewaldeten Fläche des Great-Bear-Regenwaldes sind nun vor der Säge geschützt.³¹

Indonesien

In Südostasien werden Regenwälder abgeholzt, vor allem, um Ölpalmlantagen Platz zu machen. Die Rodung der Wälder, die oft auf meterdicken Torfböden stehen, in denen enorme Mengen Kohlenstoff gespeichert sind, ist besonders dramatisch für das Klima.³² Dazu kommt, dass Tierarten wie der Orang-Utan mit den schwindenden Wäldern ihren Lebensraum verlieren. Das billige Öl der Ölpalmen landet in Lebensmitteln, Kosmetika und im Kraftstoff.

Mit der Waldschutzkampagne „Nestlé, give the orangutan a break“ (Nestlé, gib dem Orang-Utan eine Pause) gab Greenpeace 2010 einen ersten Impuls zum Umdenken. Nestlé erklärte damals, künftig auf Palmöl und Papier aus Regenwaldzerstörung zu verzichten, und 2011 schwenkte auch der große Palmölproduzent und Lieferant von Nestlé, Golden Agri Resources, um.³³ In der Folgezeit trugen weitere Greenpeace-Kampagnen dazu bei, dass sich mehrere Konzerne – darunter Ferrero, L'Oréal, Procter&Gamble, Unilever und der indonesische Papierkonzern Asia Pulp and Paper – dazu verpflichteten, ihre Produkte nicht länger auf Kosten der Regenwälder herzustellen. Wie viel Kampagnenarbeit aber noch vor uns liegt, bis die Versprechen umgesetzt sind, zeigt eine Greenpeace-Analyse 2018.³⁴

Brasilien

Der Regenwald Amazoniens ist eines der größten zusammenhängenden Waldgebiete der Erde und eine wichtige Klimaanlage des Planeten. Welche enormen Auswirkungen besonders der Fleischkonsum – und



2011: Ein Greenpeacer nimmt Abwasserproben an einer chinesischen Textilfabrik – 2018 sind 80 Unternehmen der Forderung von Greenpeace auf Entgiftung gefolgt.

damit die Rinderhaltung – auf die Wälder Brasiliens hat, zeigte Greenpeace 2009 mit umfangreichen Karten- und Hintergrundmaterialien.³⁵ In einer weltweiten Kampagne informierte die Organisation Fleisch- und Lederabnehmer wie Walmart, Adidas und Nike. Greenpeace-Ehrenamtliche standen vor Filialen in Deutschland und klärten die Öffentlichkeit auf. Die angesprochenen Firmen reichten den Druck an die richtigen Stellen weiter, mit Erfolg: Die größten Rinderzuchtunternehmen Brasiliens einigten sich mit Greenpeace, keine Rinder mehr zu beziehen, die auf neu gerodeten Regenwaldgebieten gezüchtet wurden.³⁶ Aber auch die Futtermittelherstellung frisst den Wald, Millionen Hektar fielen ihr in Brasilien in den letzten Jahrzehnten zum Opfer. Soja wird in Europa an Schweine, Rinder und Hühner verfüttert oder landet als sogenannter Biodiesel in den Tanks. 2006 erreichte

Greenpeace, dass führende Sojakonzerne einem zweijährigen Moratorium zustimmten, das in den Folgejahren mehrfach verlängert wurde. Es beinhaltet ein Handelsverbot mit Soja von neu gerodeten Regenwaldflächen. Seit 2016 gilt das Abkommen dauerhaft.³⁷

Vorausgegangen waren viele Aktionen, auch in Deutschland, und zähe Verhandlungen mit dem

nationalen Verband der Sojahändler. Die Entwaldungsrate hat sich zwischen 2005 und 2012 verringert.³⁸ Gerade das Sojamoratorium sowie das Rinderabkommen, für die Greenpeace Deutschland jeweils intensiv gearbeitet hat, haben dazu beigetragen.³⁹

Es bleibt allerdings viel zu tun, denn in den letzten Jahren hat die Entwaldung wieder deutlich zugenommen: Umweltschutz verlor an Priorität, bestehende Vorschriften und Gesetze wurden von den zuständigen Institutionen nicht mehr ambitioniert, konsequent und wirksam umgesetzt.⁴⁰ Anlass zur Hoffnung auf Umkehr des negativen Trends gibt es derzeit nicht, im Gegenteil: Unter der 2019 neu angetretenen Regierung Brasiliens wächst der Druck auf die Wälder und die Menschen, die in ihnen leben.

Wasser: Hoffnung für belastete Flüsse

Im Zuge der Globalisierung wird die Produktion von Waren aus den Ländern des globalen Nordens in andere Regionen der Welt verlagert. Mit der Produktion hält auch die Umweltverschmutzung Einzug, vor allem durch die Einleitung von Chemikalien in Gewässer. Giftstoffe, die in Europa nicht mehr erlaubt sind, gelangen ins Abwasser und gefährden besonders die lokale Bevölkerung, Beispiel China: Schätzungsweise die Hälfte der Oberflächengewässer des Landes war Anfang der 2010er Jahre verschmutzt. Allein in den Jangtse wurden zu der Zeit jedes Jahr 30 Milliarden Tonnen teils ungeklärter Abwässer eingeleitet – aus seinem Delta beziehen die 20 Millionen Einwohner*innen der Stadt Shanghai zugleich ihr Trinkwasser.⁴¹





Auch Levi's hat sich 2012 verpflichtet, gesundheits- und umweltschädliche Chemikalien bis 2020 aus der Produktion zu verbannen – Greenpeace-Aktionstage direkt vor den Modeläden dürften bei der Entscheidung geholfen haben.

2010 und 2011 untersuchte Greenpeace Abwasserproben aus den Textilfabriken Youngor Textile Complex und Well Dyeing Factory Ltd., Ergebnis: Beide Produktionsstätten leiteten eine Reihe gefährlicher und langlebiger Chemikalien in den Jangtse ein. Die Stoffe, die den Hormonhaushalt schädigen oder krebserregend sind, lassen sich selbst durch moderne Abwasserbehandlungsanlagen, wie sie die Youngor-Fabrik betreibt, nicht vollständig entfernen. Beide Firmen produzierten für Marken wie Adidas, Calvin Klein, Converse, H&M, Lacoste, Nike und Puma.

Die Recherchen von Greenpeace mündeten 2011 in den Report „Schmutzige Wäsche“ und bildeten den Auftakt einer mehrjährigen Detox-Kampagne für eine saubere Produktion von Kleidung.⁴² Hunderttausende engagierten sich weltweit und erinnerten die Markenhersteller an ihre Verantwortung. Greenpeace-Aktivist*innen protestierten vor Filialen der Firmen, in Deutschland und weltweit. Die Folge: Als Erstes gaben Sportartikelhersteller wie Adidas, Puma und Nike bereits im Sommer 2011 bekannt, bis 2020 auf gefährliche Chemikalien in der Produktion verzichten zu wollen. Insgesamt haben sich bis Ende 2018 auf Druck der Kampagne 80 Textilmarken und strategisch wichtige Zulieferer zu einer giftfreien Produktionsweise bekannt.⁴³

Greenpeace war nicht immer zufrieden mit der konkreten Umsetzung der Schritte hin zur sauberen Produktion und fasste in den Jahren teils hartnäckig – und erfolgreich – nach, zum Beispiel bei Adidas.⁴⁴



Erfolg zeigte die Kampagne auch auf politischer Ebene: So wurde beispielweise sichergestellt, dass 2013 strengere Schadstoffkontrollen bei der Textilproduktion in Chinas Fünfjahresplan Eingang fanden.⁴⁵

Auch für Deutschland ist das Thema relevant. Denn die mit den Textilimporten ins Land gelangten Rückstände der Gifte werden teilweise mit dem Waschwasser in unsere Gewässer gespült. Christoph Schulte, 2012 Leiter des Fachgebiets Chemikalien beim Umweltbundesamt, sagte zu den Ergebnissen des Greenpeace-Reports: „Sie zeigen uns auch noch mal, dass wir bisher (...) unterschätzt haben, was aus den Textilien tatsächlich noch in die Gewässer geht an Nonylphenol. Wir lagen da niedriger. Und das (...) erklärt uns auch, dass wir den Stoff regulieren müssen!“⁴⁶

Greenpeace weitete die Detox-Arbeit aus: 2014 wurden Textilien aus deutschen, österreichischen und schweizer Supermärkten und Discountern getestet.⁴⁷ Besonders Kinderschuhe sind mit gesundheitsgefährdenden Chemikalien belastet.⁴⁸ Mit immer wieder aktualisierten Greenpeace-Ratgebern erhalten Verbraucher*innen seit 2014 Orientierung für den Einkauf von Textilien und einen Überblick, welche Textilsiegel wirklich eine nachhaltige Produktion gewährleisten.⁴⁹



Greenpeace setzt sich für eine nachhaltige Fischerei ein: 2012 protestieren Aktivist*innen rund 20 Kilometer vor der senegalesischen Küste vor einem russischen Fischtrawler gegen die Ausbeutung der Meere. Nachdem die Regierung noch im selben Jahr 29 Lizenzen für ausländische Fangschiffe einzog, haben die lokalen Fischhändler*innen wieder ein reichhaltigeres Angebot.

Die Detox-Kampagne von Greenpeace hat einen tiefgreifenden Wandel in der Bekleidungsindustrie ins Rollen gebracht – das erkennen selbst Industrie und Handelsverbände an.⁵⁰

Fischfang: Bestände vor Überfischung schützen

Für die kleinen Fischer Westafrikas sind die Fischgründe vor den eigenen Küsten eine wichtige Lebensgrundlage und einzige Quelle zur Versorgung mit Eiweiß. Seit Jahren jedoch sind riesige, auch europäische Industrietrawler vermehrt an diesen Küsten unterwegs, um, zum Teil legal und von EU-Geldern subventioniert, Fisch zu fangen, denn: Die europäischen Meere sind bereits überfischt. Die Trawler sind bis zu 140 Meter lang und hoch technisiert.

2011 unterstützte Greenpeace Deutschland mit fachlicher Expertise die Kampagnenentwicklung des Greenpeace-Büros in Dakar, Senegal. 2012 begann dort die Meeresarbeit mit einer Schiffstour der „Arctic Sunrise“ vor der westafrikanischen Küste, mit der sich die Umweltorganisation für eine nachhaltige Fischerei einsetzte.

Aktionen vor Mauretanien und dem Senegal sowie zahlreiche Gespräche mit Politikern blieben nicht ohne Wirkung. Kurz vor seiner Wahl zum Präsidenten des Senegal sagte Macky Sall: „Wir sind uns der schwierigen Lage (für unsere Fischer) bewusst (...) und haben mit Greenpeace (...) über das Problem gesprochen (...), wir werden dringende Maßnahmen ergreifen, um das Thema anzugehen.“ Wenige Wochen später, nachdem Sall zum Präsidenten gewählt worden war, zog die Regierung 29 Lizenzen für ausländische Fangschiffe ein⁵¹ – mit enorm positiven Auswirkungen auf die Fänge der kleinen Fischer.⁵²

Laut der Welternährungsorganisation sind weltweit rund 60 Prozent der Speisefischbestände bis an die Grenze genutzt und rund 33 Prozent überfischt oder bereits erschöpft – es wird mehr gefangen als nachwächst.⁵³ Auch Verbraucher*innen tragen Verantwortung für den Erhalt der Lebensgrundlagen und können durch ihr Einkaufsverhalten zum Schutz der Meere beitragen. Seit 2008 gibt ein immer wieder aktualisierter Fischratgeber von Greenpeace den Konsument*innen Informationen für einen nachhaltigen Fischeinkauf.⁵⁴



Greenpeace schreibt Rechtsgeschichte

Greenpeace-Aktivist*innen stehen in mutigen und gewaltfreien Aktionen für die Umwelt ein. Doch die Organisation geht auch andere Wege, um den Schutz unserer Lebensgrundlagen durchzusetzen. Sie nutzt unter anderem die Möglichkeiten des Rechtsstaates, um etwa problematische Patente auf Leben zu stoppen. Dabei sorgt Greenpeace immer wieder für Grundsatzentscheidungen, die die ganze Gesellschaft betreffen.

Keine Patente auf Stammzellen: Sieg vor dem Europäischen Gerichtshof

1999 erteilte das Deutsche Patentamt erstmals ein Patent auf menschliche Stammzellen. Beantragt hatte es der Neurobiologe Oliver Brüstle aus Bonn. Dagegen reichte Greenpeace 2004 beim Bundespatentgericht Klage ein: „Die Achtung des menschlichen Lebens erfordert auch klare Grenzen im Patentrecht“, sagte Frank Ulrich Montgomery, damals Bundesvorsitzender der Ärztevereinigung Marburger Bund, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Greenpeace: „Die Zerstörung menschlicher Embryonen zu wirtschaftlichen Zwecken verstößt gegen die Grundwerte der Gesellschaft.“⁵⁵

2006 schränkte das Gericht das Patent erheblich ein, und 2008 traf das Europäische Patentamt eine Grundsatzentscheidung: Menschliche embryonale Stammzellen dürfen nicht patentiert werden. Brüstle rief den Bundesgerichtshof an, der den Fall dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) vorlegte. 2011 befanden die höchsten europäischen Richter: Sind für die Herstellung der Stammzellen menschliche Embryonen zerstört worden, können entsprechende Patente nicht erteilt werden.⁵⁶ Damit schloss sich der EuGH im Wesentlichen der

Argumentation von Greenpeace an und legte erstmals im Detail fest, wie menschliche Embryonen vor der kommerziellen Verwertung durch Patente geschützt werden sollen.

Die Entscheidung wurde in der Öffentlichkeit mit großem Interesse aufgenommen und vielfach positiv kommentiert. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung Online“ schrieb: „Der Europäische Gerichtshof hat (...) in der europäischen Rechtsgeschichte einen Markstein gesetzt. Die Ehre, dies erreicht zu haben, gebührt der Umweltorganisation Greenpeace.“⁵⁷ Und die „Schwäbische Zeitung“ meinte: „Es war bezeichnenderweise nicht eine Kirche, schon gar nicht die CDU, die gegen die Patentierung embryonaler Stammzellen geklagt haben, nein, es waren die Umweltaktivisten von ‚Greenpeace‘. Die hatten offensichtlich klarer als viele Politiker erkannt, dass auch der Mensch Teil der Natur und deshalb schützenswert ist.“⁵⁸

Keine Patente auf Pflanzen und Tiere – meint auch der Bundestag

Das Europäische Patentamt hat schon zahlreiche Patente auf Lebewesen erteilt – von der Tomate mit reduziertem

◀ Keine Patente auf Leben! Greenpeace-Aktivist*innen protestieren 2004 vor dem Deutschen Bundestag in Berlin anlässlich einer Abstimmung zur nationalen Umsetzung der EU-Genpatentrichtlinie.

▶ 2001 legen Greenpeace und Misereor gemeinsam Einspruch gegen ein Patent der Firma DuPont auf traditionelle Maissorten ein. Sie kritisieren die „Biopiraterie“ des Konzerns – das Patent wurde widerrufen.



Wassergehalt über traditionell gezüchteten indischen Weizen bis zum genmanipulierten Fisch. Greenpeace engagierte sich seit 1990 gegen diese Praxis, oft gemeinsam mit kirchlichen Verbänden, Landwirten oder anderen Gruppen. Dabei hatte Greenpeace immer wieder Erfolg, so zum Beispiel bei Patenten auf die Schweinezucht: 2004 meldete der Agrarkonzern Monsanto ein Patent auf Schweine mit einem bestimmten Gen an. Greenpeace und weitere Organisationen reichten Einspruch ein. Bei einer Kundgebung in München 2009 sprach sich auch der damalige bayerische Umweltminister Markus Söder gegen das Patent aus.⁵⁹ Im April 2010 wurde das Patent vom Europäischen Patentamt zurückgenommen.⁶⁰

2009 reichte Monsanto bei der Weltpatentbehörde in Genf ein Patent auf Schinken und Schnitzel von Schweinen ein, die mit genmanipulierten Monsanto-Pflanzen gefüttert wurden. Nachdem Greenpeace den Antrag publik gemacht hatte, gab es internationale Kritik – in der Folge verlor Monsanto offenbar das Interesse an dem Patent. In Europa gilt es als zurückgenommen.⁶¹ Doch Greenpeace geht nicht nur gegen einzelne Fälle vor, sondern will generelle Verbote erreichen. Gemeinsam mit rund 300 Umwelt- und Landwirtschaftsorganisationen forderte die Organisation 2007 in einem internationalen Appell ein Verbot der Patentierung von Pflanzen.⁶²

Das zeigte Wirkung: In Deutschland haben sich alle Parteien des Bundestages gegen Patente auf Pflanzen und Tiere ausgesprochen.⁶³ 2012 forderten sowohl der Deutsche Bundestag als auch das Europäische Parlament einen Stopp solcher Patente, zumindest auf konventionelle Züchtungen.⁶⁴

2013 beschloss der Bundestag eine Änderung des deutschen Patentgesetzes: Pflanzen und Tiere aus konventioneller Züchtung können nicht mehr patentiert werden.⁶⁵ Im Koalitionsvertrag der deutschen Bundesregierung 2018 heißt es: „Patente auf Pflanzen und Tiere lehnen wir ab.“⁶⁶

Gentechnik: Kennzeichnung auch dank Greenpeace

Vier Fünftel der Deutschen lehnen Agrogentechnik ab: 79 Prozent der Befragten stimmen in der „Naturbewusstseinsstudie 2017“ der Aussage zu, dass Gentechnik in der Landwirtschaft verboten werden sollte. 78 Prozent befürworten: Der Mensch hat kein Recht, Pflanzen und Tiere gezielt gentechnisch zu verändern. 93 Prozent wünschen sich eine Kennzeichnung von Lebensmitteln von Tieren, die mit gentechnisch veränderter Nahrung gefüttert wurden.⁶⁷

Ab 1996 setzte sich Greenpeace auf nationaler und internationaler Ebene mit großen Kampagnen gegen Gentechnik und für die von Verbraucher*innen geforderte Transparenz ein. Heute muss auf allen Produkten vermerkt sein, wenn in der Produktion Gen-Pflanzen direkt verwendet wurden.⁶⁸ Eier, Fleisch und Milch sind nicht verbindlich kennzeichnungspflichtig, wenn die Tiere mit Gen-Pflanzen gefüttert wurden. Doch ein großer Teil der weltweit angebauten Gen-Pflanzen landen im Tierfutter. Beim Einkauf hatten Verbraucher*innen daher wenige Wahlmöglichkeiten bei den konventionell erzeugten Lebensmitteln. Greenpeace half ganz konkret, diese Informationslücke zu schließen und Wahlmöglichkeiten aufzuzeigen: Seit 2004 sorgte der Einkaufsratgeber „Essen ohne Gentechnik“ für einen Blick hinter die Kulissen.⁶⁹ In einer „grünen Liste“ wurden Firmen genannt, die bei der Tierfütterung auf Gen-Mais oder Gen-Soja verzichteten oder bei der Umstellung Fortschritte gemacht hatten. Umgekehrt wurden die Unternehmen aufgeführt, die sich weigerten oder sich nicht dazu in der Lage sahen, die Fütterung umzustellen. „Essen ohne Gentechnik“ erreichte eine Gesamtauflage von rund 3,5 Millionen. Mittlerweile arbeitet der gesamte Bereich der Molkereiprodukte fast komplett „ohne Gentechnik“ und kennzeichnet seine Produkte, auch im Fleischmarkt bewegt sich etwas bezüglich Transparenz – eine Entwicklung, an der Greenpeace einen wesentlichen Anteil hatte.



Greenpeace-Aktivist*innen kennzeichnen 2005 in Brandenburg ein Feld mit genmanipuliertem Mais des US-Konzerns Monsanto. Die Sorte MON810 produziert ein Gift, das auch Nützlinge schädigt – 2009 wird sie in Deutschland verboten.

Auch auf dem Acker erzielte Greenpeace Erfolge: Über Jahre arbeitete die Organisation gegen den kommerziellen Anbau des gentechnisch veränderten Mais MON810, der ein Insektizid produziert. Greenpeace-Aktivist*innen haben immer wieder direkt an den Feldern protestiert. Denn das Insektizid wirkt nicht nur gegen schädliche, sondern auch gegen nützliche Insekten. Die damalige Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner verkündete 2009 das Verbot des Anbaus von MON810 in Deutschland. Zur Begründung erklärte sie, „dass es berechtigten Grund zu der Annahme gibt, dass der genetisch veränderte Mais der Linie MON810 eine Gefahr für die Umwelt darstellt“.⁷⁰

Auskunftsrechte: Greenpeace stärkt die Transparenz – für alle

Greenpeace engagiert sich seit vielen Jahren für bessere Auskunftsrechte der Bürger*innen bei den Behörden – durch eigene Gesetzesvorschläge, Musterverfahren und durch Öffentlichkeitsarbeit. Schon in den 1980er Jahren sprach sich die Organisation für ein Umweltinformationsgesetz aus, das Deutschland 1994 aufgrund einer EU-Verordnung dann auch erließ. Auch machte sich die Organisation frühzeitig für ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz stark, das allen Bürger*innen den Zugang zu Daten der Lebensmittelüberwachung ermöglicht. Schon 2001 stellte Greenpeace dazu einen Gesetzentwurf vor.⁷¹ Es dauerte sieben Jahre, bis das Gesetz im Bundestag verabschiedet wurde – allerdings mit Schwächen. Greenpeace belebte die Debatte deshalb durch ein eigenes Rechtsgutachten, das Verbesserungsmöglichkeiten aufzeigte.⁷² Schließlich

kam es im Zuge der bundesweiten Dioxinaffäre 2010 zu einer wesentlichen Reform des Verbraucherinformationsgesetzes. Erstmals griff die Legislative langjährige Greenpeace-Forderungen auf, wie die obligatorische Veröffentlichung von Grenzwertüberschreitungen bei Lebensmittelkontrollen.⁷³ Nach elf Jahren waren zentrale Greenpeace-Forderungen umgesetzt.

Wenn Bürger*innen Informationen von Behörden haben möchten, sich aber weder auf das Umweltinformationsgesetz noch auf das Verbraucherinformationsgesetz berufen können, greift heute oft das Informationsfreiheitsgesetz des Bundes. Dessen Existenz ist auch der beharrlichen Arbeit von Greenpeace zu verdanken. Manfred Redelfs, Leiter der Recherche bei Greenpeace, engagierte sich schon früh für ein solches Transparenzgesetz und initiierte 2004 einen Gesetzesvorschlag verschiedener zivilgesellschaftlicher Gruppen. 2005 wurde das Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet. Und Greenpeace bleibt dran: 2010 präsentierte die Organisation einen Vorschlag, wie die verschiedenen Informationsrechte auf Bundesebene zu einem einheitlichen, weitreichenden und bürger*innenfreundlichen Gesetz zusammengefasst werden können.⁷⁴

Die Greenpeace-Impulse für das Informationsrecht entwickeln sich oft aus Musterverfahren. So führte Greenpeace 2009 einen Prozess bis vor das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig, um auf der Grundlage des Umweltinformationsgesetzes zu erfahren, welche Firmen die Hauptprofiteure der Agrarexportsubventionen waren. Diese umstrittenen Subventionen stehen im Ruf, hauptsächlich großen Konzernen zugutezukommen.



Agrarsteppen oder kleinbäuerliche Landwirtschaft – was soll mit EU-Geldern gefördert werden? Greenpeace setzte sich erfolgreich dafür ein, dass Subventionszahlungen veröffentlicht werden müssen.

Sie zerstören häufig lokale Märkte in Afrika oder Lateinamerika. Das oberste Gericht gab Greenpeace Recht und verfügte, dass die Daten veröffentlicht werden müssen. Greenpeace deckte auf, dass zu den Nutznießern der Agrarexportsubventionen auch Firmen gehören, die gar nicht in der Agrarbranche tätig waren. Der Energiekonzern RWE etwa bezog Agrarsubventionen für die Rekultivierung von Braunkohletagebauen. Die Lufthansa kassierte für das Catering an Bord von Flügen, die die Außengrenzen der EU verlassen. Diese Exklusivrecherchen von Greenpeace fanden in den Medien Beachtung und führten zu Anfragen im Europäischen Parlament. Die EU hat deshalb die Agrarsubventionsregeln so geändert, dass Direktzahlungen nur noch an aktive Landwirte gehen dürfen.⁷⁵

Auch zur Korruptionsprävention tragen solche Recherchen bei. Wenige Tage nachdem Greenpeace die Zahlen über die größten Empfänger von Agrarexportsubventionen vorgelegt hatte, starteten die Ermittler im Hamburger Hafen eine Großrazzia: Zollfahndung, Polizei und mehrere Staatsanwälte durchsuchten eine Firma, die in großem Stil Zuckersubventionen erschlichen haben soll. Laut Staatsanwaltschaft ging es um den Verdacht auf Subventionsbetrug in Höhe von 370 Millionen Euro.⁷⁶ Selbst die „New York Times“ berichtete über den Fall.⁷⁷ Die Aktivitäten von Greenpeace im Bereich der Auskunftsrechte sind breit gefächert. Natürlich nutzt Greenpeace diese Rechte selbst. Aber nur dank der Musterverfahren werden bestimmte grundsätzliche Streitfragen geklärt, was anderen Antragsteller- wie Bürger*innen oder kleineren Organisationen zugutezukommen. Schließlich trägt Greenpeace mit eigenen Gesetzesvor-

schlägen dazu bei, das Recht weiterzuentwickeln, was auch Fachleute anerkennen. Der damalige Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Peter Schaar lud Redelfs 2011 ein, den Festvortrag zum fünfjährigen Bestehen des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) des Bundes zu halten. In seinem Tätigkeitsbericht aus dem Jahr 2012 würdigte Schaar das kontinuierliche Bestreben von Greenpeace, die Transparenz der Verwaltung zu stärken: „Den Hauptvortrag hielt Dr. Manfred Redelfs (Greenpeace/Netzwerk Recherche). Der Einsatz dieser und anderer NGOs hat wesentlich dazu beigetragen, dem IFG im Jahr 2005 seinen Weg über die Hürden von Bundestag und Bundesrat zu bahnen. Der aktuelle Entwurf eines Bürgerinformationsgesetzes einer Reihe von NGOs fasst das Verbraucherinformationsgesetz, das Umweltinformationsgesetz und das Informationsfreiheitsgesetz in einem einzigen Bundesgesetz zusammen.“⁷⁸ Auch das Bundesumweltministerium hat erkannt, dass Greenpeace wichtige Beiträge zur Fortentwicklung des Rechts leistet, es hat den Leiter der Greenpeace-Recherche im Frühjahr 2017 in den wissenschaftlichen Beirat zur Evaluation des Umweltinformationsgesetzes berufen.



Dr. Manfred Redelfs
Leiter der
Greenpeace-Recherche

Greenpeace gibt Anstöße für Technik, Wissenschaft und Bildung

Die Umweltschützer*innen von Greenpeace suchen immer auch nach Lösungen, schaffen neues Wissen, entwickeln konkrete Szenarien für gangbare Wege in die Zukunft⁷⁹ und sogar Produkte. Das zeigen die Kampagnen für Erneuerbare Energien, der FCKW/FKW-freie Kühlschrank Greenfreeze, die Sprit sparende Autotechnik SmILE oder wissenschaftliche Expeditionen in die Polarregionen.

Natürlich und klimafreundlich kühlen: der Greenfreeze

Fluorchlorkohlenwasserstoffe (FCKW) zerstören, als Kälte- und Lösemittel verwendet, die Ozonschicht der Erde. Das zeichnete sich schon in den 1980er Jahren ab. Durch das Montreal-Protokoll von 1987 wurden einige dieser aggressiven Stoffe international geächtet, aber längst nicht alle. Schlimmer noch: Als Ersatzstoffe führte die Chemieindustrie andere fluorierte Stoffe ein, die zwar nicht mehr die Ozonschicht zerstörten, aber starke Treibhausgase sind: die Fluorkohlenwasserstoffe (FKW).

1989 startete Greenpeace eine Kampagne für ein Verbot von FCKW und FKW. Gleichzeitig arbeitete die Umweltschutzorganisation erfolgreich daran, die Entwicklung des ersten FCKW- und FKW-freien Kühlschranks auf den Weg zu bringen: den Greenfreeze. Im März 1993 lief das erste Exemplar bei der Firma Foron in Sachsen vom Band. Das Umweltministerium verlieh ihm den Blauen Umweltengel. Und trotz des Widerstandes fast der gesamten Branche bewirkte der Greenfreeze innerhalb weniger Jahre den Durchbruch für die umweltschonende Kältetechnik.

Seither wurden weltweit mehr als 900 Millionen Kühlschränke nach dem Greenfreeze-Prinzip produziert.⁸⁰ Wissenschaftler- und Vertreter*innen von Kühlschrankherstellern äußerten sich positiv über den Greenfreeze und erkennen die Rolle von Greenpeace ausdrücklich an.⁸¹

Cool durch Sonne: der SolarChill

In Gebieten, in denen Armut, Krankheiten und Unterernährung das Leben vieler Menschen beeinträchtigen, ist oftmals eines im Überfluss vorhanden: Sonne. Deshalb hat Greenpeace den SolarChill initiiert: ein solarbetriebenes, umweltfreundliches Kühlgerät, das ohne FCKW/FKW-Kältemittel und unabhängig von Stromnetz oder Speicherbatterien funktioniert.⁸² So können auch in unzureichend mit Strom versorgten Regionen zum Beispiel Medikamente gekühlt werden. Nach umfangreichen Praxistests, der Übergabe eines ersten

Gerätes an das präsidiale Gesundheitszentrum des indischen Präsidenten⁸³ und der Zertifizierung durch die Weltgesundheitsorganisation⁸⁴ 2010 begann die dänische Firma Vestfrost mit der Serienfertigung des SolarChill. Inzwischen haben auch in Entwicklungsländern Firmen die Technik übernommen.⁸⁵

Spritverbrauch halbieren: der SmILE

1993 begann Greenpeace nach einem neuen Konzept für spritsparende Fahrzeuge zu suchen. Das Ergebnis war der SmILE (Small, Intelligent, Light, Efficient – klein, intelligent, leicht, effizient): ein umgebauter Renault Twingo mit einem kleinen Zweizylinder-Boxermotor, dem ein Complex-Auflader zu 55 PS Leistung verhalf. Damit traten die Umweltschützer*innen den Beweis an, dass Serienfahrzeuge mit der Hälfte an Treibstoff auskommen könnten – ohne Einbußen an Leistung, Komfort oder Sicherheit. Durch „downsizing“ und „supercharging“, also die Verkleinerung des Hubraums bei gleichzeitiger hoher Kompression der Verbrennungsluft, kann der Motor des SmILE in den meisten Betriebszuständen im optimalen Bereich effizient laufen – und ist damit sehr sparsam.⁸⁶

1996 brachte Greenpeace das Konzept auf die Straße: Der SmILE startete zu einer Vergleichsfahrt gegen einen herkömmlichen Twingo, einen Ford Escort und einen VW Polo – und gewann souverän mit einem Verbrauch von damals sensationellen 3,2 Litern Benzinnormverbrauch auf 100 Kilometer, in der Praxis lag sein Verbrauch im Schnitt sogar deutlich darunter.

Das SmILE-Prinzip hat technisch den Durchbruch geschafft. Das Ziel, den Spritverbrauch und damit auch den CO₂-Ausstoß drastisch zu verringern, ist jedoch bis heute nicht erreicht. Denn anstatt mit der Greenpeace-Technik die gleiche Leistung mit halbem Sprit zu erzielen, verdoppelte beispielsweise VW beim PowerGolf die Leistung bei gleichem Verbrauch. Deswegen setzt sich Greenpeace weiter dafür ein, die Autobauer zum Umdenken zu bewegen.

Im Jahr 2015, zum 20. Geburtstag des SmILE, wurde das Spritsparauto an das Verkehrszentrum des Deutschen Museums in München übergeben.⁸⁷



Unter Leitung der Forscherin Dr. Susanne Lockhart wurde im antarktischen Weddellmeer der Meeresboden untersucht und dokumentiert. Vier empfindliche marine Ökosysteme konnten identifiziert werden, sie wurden international als besonders schutzwürdig anerkannt.

Neue Erkenntnisse über Arktis und Antarktis: Expeditionen mit Wissenschaftler*innen

Greenpeace fordert den Schutz von Arktis und Antarktis. Die Basis für wirksame Maßnahmen sind gesicherte wissenschaftliche Erkenntnisse über die jeweilige Region – Greenpeace bietet die Möglichkeit, diese zu sammeln. So begleiteten Forscher*innen zwischen 2005 und 2012 mehrere Greenpeace-Arktisexpeditionen. Gletscher wurden mit GPS-Sendern ausgerüstet, um ihre Bewegungen aufzuzeichnen, in Fjorden wurden Wassertemperatur, Strömung und der Salzgehalt in unterschiedlichen Tiefen gemessen. 2018 tauchten im Rahmen einer Greenpeace-Expedition ins antarktische Weddellmeer bemannte Unterwasserboote in Hunderte Meter Wassertiefe, um den Meeresboden zu untersuchen. Die Daten waren die Grundlage für die Unterchutzstellung von vier besonders empfindlichen marinen Ökosystemen durch die Antarktiskommission.⁸⁸

Umweltbildung für die Jugend: das „Nachhaltigkeitsbarometer“

2012 und 2016 veröffentlichte Greenpeace das „Nachhaltigkeitsbarometer – Was bewegt die Jugend?“. Entwickelt und durchgeführt hat es die Leuphana Universität Lüneburg.⁸⁹ Das Barometer nimmt das Nachhaltigkeitsbewusstsein der jungen Generation Deutschlands in den Blick, denn die heute 15- bis 24-Jährigen sind die Entscheider*innen von morgen.

Als Konsequenz aus dem ersten „Nachhaltigkeitsbarometer“ 2012 verstärkte Greenpeace die Arbeit im Bildungsbereich: Die Organisation entwickelte kostenlose Materialien⁹⁰ für Lehrkräfte, mit denen sich der Unterricht zu Umweltschutzthemen gestalten lässt. Greenpeace unterstützt Schulen bei der Umsetzung von Projekten und Aktionen für eine klimafreundlichere Welt, beispielsweise auf der Bonner Weltklimakonferenz 2017.⁹¹ Wer Missstände im Umweltbereich verhindern will, muss früh und bei der Bildung ansetzen. Bildung für nachhaltige Entwicklung muss strukturell im Bildungssystem verankert werden – das fordert nicht nur Greenpeace.⁹² Auch die Expert*innen einer Anhörung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung sprachen sich 2016 klar dafür aus.⁹³ Bereits 2014 initiierte Greenpeace das „Bündnis ZukunftsBildung“ – eine Initiative deutscher Nichtregierungsorganisationen aus den Bereichen Jugend, Umwelt-, Naturschutz, Entwicklung und Menschenrechte⁹⁴, die sich für die Verankerung und die politische Umsetzung des UNESCO-Weltaktionsprogrammes Bildung für nachhaltige Entwicklung⁹⁵ einsetzt. Der Bundestag verabschiedete im März 2015 den Beschluss „Bildung für nachhaltige Entwicklung – mit dem Weltaktionsprogramm in die Zukunft“ und griff viele Forderungen des Bündnisses auf.⁹⁶ Seit 2015 ist Greenpeace über das Bündnis in der „Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung vertreten.⁹⁷

► Der Greenpeace-Atomexperte Heinz Smital (rechts) misst 2011 in Fukushima City die radioaktive Kontamination auf einem Spielplatz – mit den unabhängigen Messungen stellt Greenpeace wertvolle Informationen für die Bevölkerung zur Verfügung.

▼ 2016, zum fünften Jahrestag der Atomkatastrophe von Fukushima, ist der ehemalige Premierminister von Japan, Naoto Kan, mit an Bord der „Rainbow Warrior“ vor der Küste der havarierten Reaktoren.



Greenpeace leistet Katastrophenhilfe und -vorsorge

Umweltkatastrophen haben direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung. Schnelle Hilfe ist dann entscheidend. Greenpeace ist immer wieder vor Ort, um Schäden zu dokumentieren, Gefahren zu ermitteln – oder um einfach mit anzupacken. Einige Beispiele:

Fukushima: Unabhängige Messungen zum Schutz der Bevölkerung

Als es im März 2011 in mehreren Reaktoren im japanischen Atomkomplex Fukushima zum Super-GAU⁹⁸ kam, war für Greenpeace sofort klar: Wir müssen die Menschen vor Ort unterstützen. Strahlenexpert*innen der Organisation haben bereits wenige Tage nach Beginn der Reaktorkatastrophe mit Radioaktivitätsmessungen vor Ort begonnen. Unterstützt wurden sie von einem starken Team in Deutschland, das rund um die Uhr die Entwicklungen in den Reaktorrüinen und Wetterdaten auswertete. Seit diesen ersten Tagen arbeitet das internationale Team, zu dem auch Greenpeacer aus Deutschland zählen, in der Region, unzählige unabhängige Strahlenmessungen wurden durchgeführt, die Belastung von Ökosystemen bewertet.⁹⁹

Greenpeace-Mitarbeiter*innen waren zum Beispiel unter den Ersten, die das stark radioaktiv belastete Dorf Iitate, rund 40 Kilometer von Fukushima, besuchten. Greenpeace erkannte die Gefahr für die Einwohner*innen, forderte die sofortige Evakuierung – und gab damit einen wesentlichen Impuls.¹⁰⁰ Die Ergebnisse der Messungen führten mit dazu, dass die Evakuierungszone um die Atommeiler von Fukushima ausgeweitet wurde.¹⁰¹ Die Organisation wirkte – und wirkt – einer Verharmlosung der Situation durch die Betreiber der Atomanlage oder durch die japanische Regierung entgegen. Die Reaktion der Regierung auf die Atomkatastrophe, sowohl direkt nach dem mehrfachen Super-GAU als auch in den Folgejahren, führte zu einer Reihe von Menschenrechtsverletzungen. Insbesondere Frauen und Kinder leiden bis heute darunter.¹⁰² Hinzu kommt das



▼ Handeln, bevor es zu spät ist:
Freiwillige pflanzen 2014 beim
Bergwaldprojekt e.V. junge Bäume in
einem Schutzwaldsanierungsgebiet
nahe Garmisch-Partenkirchen. Intakte
Bergwälder schützen die Dörfer vor
Erdrutschen und verhindern Lawinen.



hohe Strahlenrisiko: Umfangreiche Greenpeace-Messungen zeigten, dass die Belastung an vielen Orten, an die wieder Menschen zurückgesiedelt werden sollen, nach wie vor sehr hoch ist.¹⁰³ Eine Rückkehr ist gesundheitlich riskant und unzumutbar. Greenpeace hat dazu beigetragen, dass sich der UN-Menschenrechtsrat mit dieser Problematik befasst. Die Rückkehrpolitik der japanischen Regierung steht international in der Kritik.¹⁰⁴ Greenpeace setzt die Arbeit in Japan fort, sowohl vor Ort als auch auf politischer Ebene, und das stark unterstützt vom deutschen Greenpeace-Büro.

Russland: Freiwillige im Einsatz gegen Waldbrände

Jedes Jahr kämpft Russland mit schweren Waldbränden. So tobte 2010 wochenlang eine Feuersbrunst in der Nähe von Moskau. Unzählige Quadratkilometer Wald und Felder gingen in Flammen auf. Dörfer brannten ab, Menschen verloren ihre Heimat.

Vom Staat gibt es für die Betroffenen in solchen Fällen so gut wie keine Unterstützung. Greenpeace Russland entschied sich deshalb, selbst anzupacken. Forstexpert*innen und Aktivist*innen der Umweltschutzorganisation machten in den Sommermonaten Kontrollfahrten durch gefährdete Gebiete. Sie maßen die Bodenfeuchte und veröffentlichten Waldbrandwarnungen. Lange war Greenpeace die einzige unabhängige Infor-

mationsquelle im Land. Um frühzeitig – möglichst vor Entstehen der Brände – reagieren zu können, trainierte Greenpeace freiwillige Helfer*innen in der Brandbekämpfung und gewährleistete in einigen Gebieten sogar ständige Einsatzbereitschaft. In den Trainingscamps 2012¹⁰⁵, 2014, 2016 und 2017 waren deutsche Greenpeace*innen dabei.

Bergwaldprojekt: Über eine Million neue Bäume

Das Waldsterben war in den 1980er Jahren ein großes Umweltthema. Als Antwort gründete Greenpeace 1986 das Bergwaldprojekt mit, in dem Freiwillige ganz praktisch für den Erhalt der Waldökosysteme arbeiten.¹⁰⁶ Der erste Einsatz war im März 1987 in Malans (Graubünden): Die Gemeinde war von Erdrutschen bedroht. Mit dem Pflanzen junger Bäume stabilisierten die Helfer*innen den Hang. Seitdem haben Zehntausende Freiwillige mehr als eine Million Bäume gepflanzt, Hunderte Hektar Wald bearbeitet, viele Kilometer Wildbäche renaturiert und Dutzende Hochmoore vernässt. Das Bergwaldprojekt wächst stetig und hat diverse Auszeichnungen erhalten.¹⁰⁷

In Deutschland organisiert heute der gemeinnützige Verein Bergwaldprojekt e.V. die Arbeitsaufenthalte, die Umweltstiftung Greenpeace sowie Greenpeace energy unterstützen das Projekt finanziell.



◀ Pestizideinsatz beim Gemüseanbau im Südosten von Spanien. Eine Kampagne von Greenpeace Deutschland bewirkt ein Umdenken bei den Produzenten.

▶ Greenteams und andere Kinder demonstrieren 2017 auf der COP23 in Bonn unter dem Motto „Kids for Earth“ für mehr Klimaschutz. Sie fordern Taten von den Weltpolitiker*innen, damit das 2015er Klimaabkommen von Paris eingehalten wird.

Greenpeace verändert den Markt

Nur zu protestieren und auf Probleme aufmerksam zu machen – das reicht schon lange nicht mehr. Die Zusammenhänge zwischen Ökologie, Konsum und Wirtschaft sind so komplex geworden, dass vor allem Lösungsangebote Kund*innen und Konzerne zum Umdenken bewegen. Greenpeace informiert, gibt Hilfestellung und macht Druck.

Fischsortiment: Supermärkte denken um

Neben der Politik und den Verbraucher*innen kann vor allem der Handel entscheidend dazu beitragen, dass es in Zukunft noch Speisefisch geben wird. Greenpeace Deutschland untersuchte ab 2007 das Fischsortiment der großen Handelsketten und forderte nachhaltige und transparente Einkaufsrichtlinien für Fisch und Meeresfrüchte. Damals hatte keine der elf untersuchten Supermarktketten und Discounter eine solche Richtlinie verabschiedet. Die beharrliche Greenpeace-Arbeit zeigte Erfolge: Beim fünften Supermarktranking 2011 hatten alle untersuchten Unternehmen eine Einkaufspolitik für Fisch schriftlich festgelegt und diese für Kund*innen zugänglich veröffentlicht.¹⁰⁸ Auch die Umsetzung der Einkaufsrichtlinien nahm in den Folgejahren Formen an: 2014 begleitete Greenpeace die Fischeinkaufsrichtlinien von 17 verschiedenen Supermarktketten und Discountern in Deutschland. Diese Arbeit sensibilisierte und veränderte nicht nur den Markt, sie gab auch den Verbraucher*innen die nötigen Informationen, um eine bewusste Entscheidung für nachhaltigen Konsum zu treffen.

Anbaumethoden: Die Region Almería geht neue Wege

Seit 2003 machte Greenpeace immer wieder auf das Thema „Gift im Essen“ aufmerksam, forderte von Handel, Landwirtschaft und Politik Maßnahmen zur Verringerung der Pestizidbelastung. Ein wichtiger Ansatzpunkt der Kampagnenarbeit war die Kraft der Verbraucher*innen: 2005 veröffentlichte Greenpeace erstmalig den Ratgeber „Essen ohne Pestizide“, der in den Folgejahren ausgebaut und erweitert wurde. Er informierte über Pestizidbelastung von Obst und Gemüse – und brachte einen Stein ins Rollen: Im Einzelhandel kam es zu Umsatzeinbrüchen, deutsche Supermärkte starteten eigene Pestizidreduktionsprogramme und akzeptierten immer weniger Gift auf ihrem Obst und Gemüse, die Nachfrage nach Bioprodukten stieg. Auch die Produzent*innen in der spanischen Anbauregion Almería gerieten darüber unter Druck – und reagierten: Die Region ging den ersten Schritt hin zu umweltverträglicheren Anbaumethoden, zum Beispiel durch den Einsatz von Nützlingen. Eine Anerkennung der Greenpeace-Arbeit ist der Preis von Almería, den die Organisation 2008 entgegennahm.¹⁰⁹



Mit Freiwilligen im Dienst der Gesellschaft

Für und mit Greenpeace arbeiten in Deutschland nicht nur rund 270 Festangestellte, sondern auch etwa 4000 Freiwillige in über 100 Städten. Sie engagieren sich in den Jugend-AGs, in den lokalen Gruppen und in den Team50plus. Hinzu kommen die rund 600 eigenständig arbeitenden Kinderumweltgruppen, in denen etwa 2000 Kinder aktiv sind.

In Deutschland trägt freiwilliges Engagement maßgeblich zum Gemeinwohl bei, das wird auf politischer Ebene anerkannt: Bereits in der Broschüre „Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aus dem Jahr 2001 ist die Arbeit von Greenpeace-Aktivist*innen beispielhaft aufgeführt.¹¹⁰ Seit 2012 werden Greenpeacer*innen zum Bürgerfest des Bundespräsidenten geladen – ein Fest

zum Dank an die Freiwilligen in Deutschland, die ihre Zeit und Kraft für die Gemeinschaft aufbringen. In seinem Grußwort an die Gäste schrieb der damalige Bundespräsident Joachim Gauck 2012: „Bürgersinn dieser Art wird nicht in Euro vergütet, aber er lebt von der kostbarsten Währung unserer Zeit: von gelebter Verantwortung.“¹¹¹ 2017 geht die höchste Auszeichnung, die für herausragende Gemeinwesenarbeit in Deutschland verliehen wird – die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland –, an eine Greenpeacerin für ihren ehrenamtlichen Einsatz in den letzten zwei Jahrzehnten.¹¹²

Greenteams: Clevere Köpfe für die Umwelt

Greenteams – das sind junge Umweltschützer*innen zwischen neun und 14 Jahren, manchmal auch jünger, die auf eigene Initiative ihre Aktionen selbst gestalten. Greenpeace unterstützt die Greenteams mit Materialien und Tipps und bietet auch eine Kinderhomepage an mit vielen Infos und Tipps für ihre Aktionen und einem geschützten Bereich, in dem die Kinder von ihren Aktionen berichten können.¹¹³ Greenteams organisieren Müllsammelaktionen, Infostände, malen Plakate und sammeln Unterschriften – und sie erreichen ganz schön viel. Eine Auswahl:



▲ Vertreter*innen der Greenteams setzen sich unter dem Motto „Kids for Earth“ für den Klimaschutz ein und übergeben bei der Klimakonferenz 2017 in Bonn ein Klimabuch an Patricia Espinosa, Generalsekretärin der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen.

► Kinder der „Kids for Oceans“ im Gespräch mit dem Greenpeace-Meeresexperten Thilo Maack. Auf dem Schiff „Beluga II“ erkundeten sie 2011 den Nationalpark Vorpommersche Boddenlandschaft.



Adelsheim / Wemmershof

Das Greenteam „Green Butterflies“ ärgerte sich 2014 über herumliegenden Unrat in einem Naturschutzgebiet zwischen Wemmershof und Adelsheim nördlich von Heilbronn (Baden-Württemberg) und startete eine Müllsammelaktion – ganze fünf Säcke kamen zusammen. Eine Greenteam-Aktion wie diese wurde beispielhaft für soziales Engagement in ein Schulbuch für das Fach Politik und Wirtschaft aufgenommen.¹¹⁴

Berlin

Als die Deutsche Kinemathek 2010 in Berlin ihre Ausstellung „Im Dschungel“ plante, wurden auch Greenteams zu einem Beitrag eingeladen. Unter dem Motto: „Urwaldschutz ist Klimaschutz – die Greenteams decken auf“ entwickelte der Nachwuchs eine Talkshow und ein Wissensquiz für die Kinderakademie.¹¹⁵

Bundesweit

Das deutsche Greenpeace-Büro bietet für Kinder immer wieder bundesweite Mitmachkampagnen zu verschiedenen Umweltthemen an. So waren 2011 die „Kids for Oceans“ für den Schutz der Meere öffentlich aktiv und forderten von EU-Politiker*innen mehr Meeresschutzgebiete in Europa als Lösung für das Überfischungsproblem. Junge Umweltschützer*innen stachen mit einem

Greenpeace-Kampanier auf der „Beluga II“ in See und lernten die Schätze der Unterwasserwelt im vorpommerschen Bodden kennen.¹¹⁶

Seit Jahren steht auch der Klimaschutz weit oben auf der Agenda umweltengagierter Kinder und Jugendlicher: Hunderte machten sich zum Beispiel zu Beginn des UN-Klimagipfels 2017 in Bonn mit einer bunten Demonstration für mehr Maßnahmen für den Klimaschutz stark.¹¹⁷ Dazu brachten sie ihr eigenes „Klimaabkommen“ mit. Eine internationale Delegation junger Klimaschützer*innen übergab es an die Generalsekretärin der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen.

International

Manchmal haben auch die Kleinen mit Greenpeace einen großen Auftritt: Paul Lüdemann aus Ganderkesee-Stenum bei Bremen, damals 13, reiste 2008 zusammen mit 500 anderen Kindern und Jugendlichen zur UN-Artenschutzkonferenz nach Bonn, um für mehr Urwald- und Klimaschutz zu protestieren. Verkleidet als Bäume, Urwaldtiere und Schmetterlinge lieferten die „Kids for Earth“ 115.000 Unterschriften an den damaligen Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Zum Auftakt der Konferenz sprach Paul vor Tausenden Delegierten.¹¹⁸



Greenpeace-Jugendliche bilden während des Evangelischen Kirchentages 2013 in Hamburg ein schwimmendes Banner auf der Alster.

Die Jugendarbeitsgruppen: Volle Power für unsere Erde

Jugendliche von heute engagieren sich nicht mehr? Von wegen: Bei Greenpeace setzen sie in den Jugendarbeitsgruppen (JAGs) ihre ganze Energie und Fantasie dafür ein, ihre Zukunft und die unserer Erde aktiv zu gestalten. Die 14- bis 19-Jährigen sind in rund 50 Städten aktiv. Sie veranstalten Demonstrationen, halten Vorträge an Schulen, informieren mit Flugblattaktionen und Infoständen – ihre unkonventionellen, kreativen Aktionen lenken immer wieder die Aufmerksamkeit auf drängende Umweltprobleme und stoßen Veränderungen an.¹¹⁹

Vereine und Verbände bieten Kindern wie Jugendlichen einen Zugang zum gesellschaftlichen Engagement. Greenpeace leistet hier einen wesentlichen und wertvollen Beitrag – und wurde dafür 2014 im Bereich Freiwilligenmanagement in Jugendorganisationen ausgezeichnet.¹²⁰

Hamburg

Im Mai 2013 fand in Hamburg der 34. Evangelische Kirchentag statt. Die Greenpeace-Jugend war mit einem Infostand vertreten, und 120 Jugendliche aus ganz Deutschland sammelten während des Kirchentages Unterschriften für den Schutz der Arktis. Zum

Abschluss bildeten sie – als Teil einer weltweiten Greenpeace-Aktion – ein „Menschenbanner“ auf der Alster.¹²¹

Berlin

Unter dem Motto „Lasst unsere Zukunft nicht absaufen“ sprangen im Frühsommer 2018 rund 100 Greenpeace-Jugendliche in Berlin in die Spree, um für den Kohleausstieg und gegen die mutlose Klimapolitik der Bundesregierung zu protestieren. „Wir wollen ein Zeichen für den Klimaschutz setzen und die Bundeskanzlerin und die Mitglieder einer künftigen Kohlekommission daran erinnern, Verantwortung für uns Jugendliche zu übernehmen“, sagte Jonathan Kurz, damals 19 Jahre alt.¹²²

Bundesweit

Junge Greenpeace-Aktivist*innen erklimmen 2011 die Zugspitze und hissten ein Banner mit der Aufschrift „Deutschland ist erneuerbar“. Dasselbe forderten zeitgleich rund 150 JAGs auf den jeweils höchsten Erhebungen in ihrem Bundesland. Mit diesem Gipfelsturm forderten sie dazu auf, die deutschen Atomkraftwerke bis 2015 stillzulegen und sich für eine konsequente Energiewende einzusetzen.¹²³



An der Schwarzbach-Talsperre im Nordschwarzwald protestieren 2012 Greenpeace-Aktivist*innen für die Einrichtung eines Nationalparks. Ende 2013 wird der „Nationalpark Schwarzwald“ vom Stuttgarter Landtag beschlossen.

Die lokalen Greenpeace-Gruppen: Engagement vor Ort

Ehrenamtliche Greenpeacer*innen leisten in Deutschland in rund 100 Städten Aufklärungsarbeit vor Ort und tragen Greenpeace-Kampagnen auf die lokale Ebene. Sie recherchieren, decken Umweltsünden auf, informieren die Bevölkerung, sammeln Unterschriften, halten Vorträge und diskutieren mit Passant*innen an Infoständen. Sie pflegen Kontakte zu lokalen Medien, erstellen Flugblätter und Internetseiten, beteiligen sich in den sozialen Medien. Die Greenpeace-Freiwilligen setzen Impulse und bringen die Verantwortlichen immer wieder auch ganz konkret zum Umdenken. Einige Beispiele:

Nordrhein-Westfalen

Wenn es falsch ist, das Klima zu zerstören, dann ist es auch falsch, von der Zerstörung zu profitieren. Unter diesem eingängigen Leitsatz der internationalen Divestmentbewegung wurden Greenpeace-Gruppen in Nordrhein-Westfalen aktiv: Viele Stadtverwaltungen halten Aktien von Klimaverschmutzern wie RWE. Die Greenpeacer*innen informieren Städte und Kommunen über Möglichkeiten, durch den Verkauf der Aktien ein Zeichen für den Klimaschutz zu setzen. Dabei

deckten die Gruppen auch Verflechtungen der RWE-Beteiligungsgesellschaften auf. Trennen sich die Gemeinden und Städte von den Aktien der Klimaverschmutzer, wird den Unternehmen letztlich auch politischer Einfluss entzogen.¹²⁴

Baden-Württemberg

Ende 2013 beschloss der Stuttgarter Landtag den Nationalpark Schwarzwald – der erste Nationalpark in Baden-Württemberg. Das Schutzgebiet ist ein großer Erfolg für die Umweltbewegung in dem Bundesland und für die regionalen ehrenamtlichen Greenpeace-Gruppen: Sie hatten sich seit 2011 intensiv für den Nationalpark eingesetzt.¹²⁵

Freiburg

Mit der Kampagne „Urwaldfreundliches Freiburg“ engagierte sich die örtliche Greenpeace-Gruppe über mehrere Jahre gegen den Verkauf und die Verarbeitung von Holz aus Urwaldzerstörung und für Recyclingpapier. Holzhandel wie Kund*innen wurden über die Folgen der Abholzung informiert.¹²⁶ Zahlreiche Händler*innen unterzeichneten das „Freiburger Abkommen zum Schutz der Urwälder“, das seit 2009 auch von der Stadt Freiburg unterstützt wird.¹²⁷



2019 protestieren Greenpeacer*innen bei einer Edeka-Filiale für Transparenz bezüglich der Haltungsbedingungen von Tieren – kurz darauf lenkt der Lebensmittelhändler ein, auch er wird sein Fleisch künftig entsprechend kennzeichnen.

Bundesweit

Seit Jahren setzt sich Greenpeace für einen Kurswechsel¹²⁸ in der Landwirtschaft ein. Ein Baustein auf diesem Weg ist die Transparenz für Verbraucher*innen – auch bezüglich der Haltungsbedingungen von Tieren. Erst Transparenz macht eine bewusste Kaufentscheidung möglich. Umfragen zufolge wollen die meisten Kund*innen kein Fleisch kaufen, für das Tiere unnötig leiden mussten.¹²⁹ Hier setzt die Arbeit der Greenpeace-Freiwilligen an. Über Monate protestierten sie immer wieder vor Filialen unterschiedlicher Lebensmittelhändler und informierten die Kund*innen. Das zeigte Wirkung: 2018 ging Lidl¹³⁰ voran, 2019 kam dann als letzter deutscher großer Lebensmittelhändler auch Edeka¹³¹ an Bord – sie verpflichten sich, Fleisch nach Haltungsbedingungen zu kennzeichnen, von Massentierhaltung bis Bioaufzucht.

Länderübergreifend

2009 wanderten Greenpeace-Gruppenmitglieder 2000 Kilometer zu Fuß von Konstanz zur UN-Klimakonferenz in Kopenhagen. Ihre Forderung: „In CO₂openhagen muss was laufen“. Auf der Strecke trafen sie zahlreiche Bürgermeister*innen und Bundestagsabgeordnete und riefen zu mehr Anstrengungen beim Klimaschutz auf.

Unterstützung erhielten sie von den Bundestagsfraktionen der SPD, der Linken und von Bündnis 90/Die Grünen und von einzelnen Abgeordneten der CDU/CSU. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bedankte sich für das ehrenamtliche Engagement für den Klimaschutz.¹³²

Die Team50plus: Lebenserfahrung für den Umweltschutz

Menschen über 50 engagieren sich deutschlandweit in rund 20 Städten in den Team50plus für die Umwelt. Sie arbeiten eng mit den lokalen Greenpeace-Gruppen zusammen, sind hoch motiviert, kreativ und hartnäckig. Sie führen selbst erarbeitete Aktionen durch, informieren auf Veranstaltungen, leisten Überzeugungsarbeit auf der Straße, gehen mit Vorträgen an Schulen, bieten – dicht am praktischen Alltagsleben – konkrete Beratung und Tipps:

Hamburg

Inspiziert vom Gemeinwohlgedanken hat sich Greenpeace entschlossen, die Gemeinwohl-Ökonomie zu unterstützen und sich selbst als erste große Nichtregierungsorganisation in Deutschland messen und bewerten zu lassen. Ende 2017 legte Greenpeace Deutschland seine Gemeinwohlbilanz vor.¹³³



Ehrenamtliche Greenpeacer*innen sind über alle Generationen engagiert und „nah am Menschen“: Mitglieder des Team50plus informieren im „Ozeaneum Stralsund“ Besucher*innen über die Arbeit von Greenpeace (links) oder sammeln Stimmen gegen neue Braunkohletagebaue in Brandenburg (oben).

Der Diskurs dazu begann bereits 2015, er wurde aktiv mitgestaltet von Team50plus-Vertreter*innen aus Hamburg: Mit ihnen und weiteren Freiwilligen, Förder*innen und Externen wurde in mehreren Workshops erörtert, wie sich Wirtschaften, Gemeinwohl und ein gutes Leben für alle verbinden lassen.

Stralsund / Tönning / Hamburg

Team50plus-Mitglieder informieren seit 2008 im Meeresmuseum Ozeaneum in Stralsund und seit 2016 im Wattforum Tönning Besucher*innen über Meeresthemen und die Arbeit von Greenpeace. Sie sammeln Unterschriften, zum Beispiel für eine bessere EU-Fischereipolitik, führen Aktionstage und -wochen durch und helfen damit, die Kampagnen zum Erfolg zu führen. Die Dauerausstellung „1:1 Riesen der Meere“ im Ozeaneum Stralsund wurde in Zusammenarbeit mit Greenpeace entwickelt und umgesetzt – ein echter Beitrag zur Umweltbildung! In Hamburg präsentiert Greenpeace im Foyer seiner Zentrale eine umfassende Ausstellung und lädt Besucher*innen ein, sich über die Greenpeace-Arbeit und aktuelle Kampagnen zu informieren. Regelmäßig finden hier auch öffentliche Veranstaltungen statt. Das Hamburger Team50plus ist eine tragende Säule bei der Betreuung der Besucher*innen.

Mosel und Rhein

Im Sommer 2014 fuhren Mitglieder vom Team50plus auf der „Beluga II“ Rhein und Mosel entlang und informierten in Städten in Deutschland, Frankreich, Luxem-

burg und der Schweiz über die Gefahren alter Atomreaktoren. Die Freiwilligen führten Besucher*innen durch die Ausstellung auf dem Schiff und sammelten 10.000 Unterschriften gegen die besonders alten Reaktoren Fessenheim und Cattenom nahe der deutschen Grenze. Die Unterschriften wurden an den französischen Botschafter in Berlin übergeben. Kurz danach griff auch Bundeskanzlerin Angela Merkel das Thema auf und sagte zu, mit Hollande, dem damaligen Präsidenten Frankreichs, über die Sicherheit des Atomkraftwerks Cattenom zu sprechen.¹³⁴

Berlin

Einwegbecher an der Uni? Nicht mit dem Team50plus aus Berlin! In Deutschland werden jedes Jahr fast drei Milliarden Einwegbecher nur kurz benutzt – ein sträflicher Umgang mit den wertvollen Ressourcen Holz, Wasser, Energie und Erdöl. Das Team50plus engagierte sich seit Sommer 2017 für ein Umdenken an den drei großen Berliner Universitäten. In Zusammenarbeit mit dem Waldteam der Berliner Greenpeace-Gruppe organisierten sie mehrtägige Fotoaktionen unter dem Motto „Gesicht zeigen gegen Wegwerfkultur“. Für jede Uni wurde eine Dokumentation zusammengestellt und an die jeweiligen Präsident*innen, an das StudierendenWERK und die Umweltreferent*innen im Abgeordnetenhaus geschickt – diese Aktionen und die vielen Gespräche mit Verantwortlichen hinter den Kulissen zeigten Wirkung: Das StudierendenWERK Berlin meldet, dass der Verkauf von Pappbechern ab Januar 2019 eingestellt wird.¹³⁵

Chronik: Greenpeace-Erfolge für die Umwelt – eine Auswahl

Greenpeace arbeitet weltweit an den drängendsten Umweltproblemen. Unsere Kampagnen sind in der Regel länderübergreifend vernetzt. Denn ein Problem in China – zum Beispiel das der Wasserverschmutzung durch die Textilindustrie – lässt sich möglicherweise effektiver angehen, wenn nicht nur vor Ort, sondern auch auf dem Absatzmarkt gearbeitet wird, zum Beispiel in Deutschland. Dementsprechend unterstützen Greenpeace Deutschland und deutsche Greenpeace-Aktivist*innen viele internationale Kampagnen. Nachfolgend einige Beispiele für Kampagnenerfolge, die durch die Arbeit von Greenpeace Deutschland direkt erzielt wurden oder zu denen die Arbeit von Greenpeace Deutschland wesentlich beigetragen hat:

1983

Atommüllverklappung auf der Hohen See gestoppt

1978 starteten Greenpeace-Aktivist*innen mit dem Schiff „Rainbow Warrior“ erste Einsätze gegen die Praxis, Atommüll einfach auf der Hohen See ins Meer zu kippen. Sommer für Sommer waren sie den Verklappungsschiffen auf der Spur. Die Hartnäckigkeit zahlte sich aus: Im Februar 1983 beschloss die Vertragsstaaten der London-Konvention ein zehnjähriges Moratorium für Atommüllverklappung. 1993 wurde es in ein endgültiges Verbot mit weltweiter Geltung umgewandelt.

seit 1986

Mehr als eine Million Bäume gepflanzt

Greenpeace gründete 1986 das Bergwaldprojekt mit, in dem Freiwillige an vielen Einsatzorten in Deutschland und Europa ganz praktisch für den Schutz und Erhalt der Waldökosysteme arbeiten. Bis heute wurden mehr als eine Million Bäume gepflanzt, Hunderte Hektar Wald bearbeitet, viele Kilometer Wildbäche renaturiert und Dutzende Hochmoore wieder vernässt.

1986

Wale geschützt, Walschutzgebiete überwacht

Einer der größten Erfolge der Greenpeace-Kampagnenarbeit war 1982 der Beschluss der Internationalen Walfangkommission, die kommerzielle Jagd auf Wale ab 1986 auszusetzen. Jedes Jahr muss jedoch erneut um den Schutz der Wale gerungen werden, denn das Abkommen hat formaljuristische Schlupflöcher, die von Japan, Norwegen und Island ausgenutzt werden. Greenpeace arbeitete auf der Lobbyebene, Aktivist*innen – unter ihnen auch Deutsche – überwachten mehrere antarktische Sommer mit Schiffen das Walschutzgebiet im Südpolarmeer. Sie fuhrten mit Schlauchbooten immer wieder vor die Harpunen der Walfänger, um die Wale zu schützen.



1991, Südpolarmeer: Greenpeace-Aktivist*innen zwischen Wal und japanischem Walfangschiff.

1989

Dünnsäureverklappung eingestellt

In den 1970er Jahren war es gängige Praxis von Chemiefirmen, hochgiftige Abfälle im Meer zu entsorgen. 1980 startete Greenpeace eine Kampagne, um die Dünnsäureverklappung in der Nordsee zu beenden – unter anderem mit Protesten in Häfen und auf der Hohen See. Mit Erfolg: Bis Ende 1989 wurde das Einbringen von Dünnsäure schrittweise eingestellt.



1988, Deutschland: Protest in Nordenham gegen Dünnsäureverklappung in der Nordsee.

1991**UN-Moratorium gegen zerstörerische Treibnetzfischerei**

1983 startete Greenpeace die Kampagnenarbeit gegen die zerstörerische Treibnetzfischerei, bei der sich Wale, Delfine und andere Meerestiere in den Netzen verfangen. Mit Lobbyarbeit und Aktionen auf der Hohen See machten die Umweltschützer*innen Druck. 1989 verabschiedeten die UN eine Resolution für ein Verbot der Treibnetzfischerei, 1991 folgte ein Moratorium. Unter Mitwirkung von Greenpeace beschlossen die UN 1995 ein Abkommen, das erste internationale Standards für eine nachhaltige Fischerei festlegte. 1998 stimmten die EU-Landwirtschafts- und -Fischereiminister*innen für ein Verbot dieser destruktiven Fangmethode.

1992**Weniger Chlor**

Ab Ende der 1980er Jahre machte Greenpeace auf die Gefahren der Chlorbleiche bei der Papierproduktion aufmerksam. 1990 zeigte die Organisation, dass Kraftzellstoff im Labor mit Erfolg chlorfrei gebleicht werden kann. Und 1991 präsentierte Greenpeace „Das Plagiat“, ein nachgemachtes Exemplar des „Spiegel“, das auf Tiefdruckpapier aus chlorfreiem Zellstoff gedruckt war. Von da an gewann dieses Papier mehr Marktanteile.



1992, Deutschland: Greenpeace gratuliert in Hamburg dem „Spiegel“ zur Umstellung auf chlorfreies Papier.

1993**Kühlen ohne klimaschädliche Stoffe**

1989 startete Greenpeace eine Kampagne für ein Verbot von Fluorchlorkohlenwasserstoffen und Fluorkohlenwasserstoffen (FCKW und FKW), die zum Beispiel als Kältemittel eingesetzt wurden. Greenpeace entwickelte bis 1993 zusammen mit einer ostdeutschen Firma den Greenfreeze, den weltweit ersten FCKW- und FKW-freien Kühlschrank. Die umweltschonende Technologie hat sich heute weltweit durchgesetzt.

1993**Spritverbrauch halbiert**

1993 entwickelte Greenpeace ein Konzept, um den Spritverbrauch von Autos serienmäßig zu halbieren – ohne Einbußen an Leistung, Komfort und Sicherheit: SmILE (Small, Intelligent, Light, Efficient). Im August 1996 präsentierte Greenpeace einen nach dem SmILE-Konzept umgebauten Renault Twingo, der den Vergleich mit ähnlichen herkömmlichen Autos bravourös meisterte.



1998, Deutschland: Der SmILE verbraucht halb so viel wie ein normaler Renault Twingo.

1994**Keine Giftmüllexporte in ärmere Staaten**

Exporte von Giftmüll aus Industriestaaten in ärmere Länder schockierten Mitte der 1980er die internationale Öffentlichkeit. Greenpeace recherchierte Fälle von Firmen und forderte ein Verbot. Ab Ende 1988 organisierte Greenpeace weltweit Rückholaktionen unter dem Motto „return to sender“. 1994 beschlossen die Teilnehmerstaaten der Basel-Konvention ein uneingeschränktes Verbot aller Giftmüllexporte aus reichen Industrieländern nach Osteuropa und in die sogenannte „Dritte Welt“. Auch Exporte zum Zweck des Recyclings sind seit 1997 verboten.

1994**Mehr Transparenz für Bürger*innen**

Seit den 1980ern engagierte sich Greenpeace für bessere Auskunftsrechte gegenüber Behörden. 1994 erließ Deutschland aufgrund einer EU-Verordnung das Umweltinformationsgesetz, 2006 folgte das Informationsfreiheitsgesetz, 2008 das Verbraucherinformationsgesetz.

1996**Grundwasserschädliches Diuron verbannt**

Mitte der 1990er Jahre machte Greenpeace publik: Die Deutsche Bahn AG versprühte regelmäßig Diuron auf ihren Gleisanlagen, ein Pflanzengift, das das Grundwasser verunreinigt. Im April 1996 entschied die Biologi-

sche Bundesanstalt in Braunschweig, Diuron dürfe nicht weiter als Unkrautkiller eingesetzt werden. Acht Pestizidhersteller stiegen noch im gleichen Jahr aus der Produktion diuronhaltiger Pflanzengifte aus. Als die Biologische Bundesanstalt im Jahr 2000 die Wiederzulassung von Diuron vorschlug, scheiterte das Vorhaben am Protest von Greenpeace.

1998

Ölplattformen müssen an Land entsorgt werden

Am 30. April 1995 statteten Aktivist*innen von Greenpeace der Ölplattform „Brent Spar“ in der Nordsee einen Besuch ab. Sie wollten die Pläne von Shell vereiteln, die ausgediente Plattform im Meer zu entsorgen. Shell ließ die Greenpeacer*innen räumen, doch diese kamen immer wieder, und sie konnten europaweite Proteste mobilisieren. Dabei ging es nicht nur um die „Brent Spar“, sondern um die generelle Praxis, alte Ölplattformen im Meer zu versenken. Denn rund 400 weitere Plattformen sollten der „Brent Spar“ auf den Meeresgrund folgen. Der öffentliche Druck auf Shell war so groß, dass der Konzern erklärte, die Plattform an Land zu entsorgen. 1998 folgte der Durchbruch auf politischer Ebene: Die Anrainerstaaten des Nordostatlantiks beschlossen, dass ausgediente Öl- und Gasplattformen künftig nicht mehr im Meer versenkt werden dürfen.



1995, Nordsee: Greenpeace-Aktivist*innen während der Auseinandersetzung zur Versenkung der „Brent Spar“.

2001

Kein TBT mehr in Schiffsanstrichen

Tributylzinn (TBT) wurde lange als Wirkstoff in Schiffsanstrichen eingesetzt, um den Bewuchs mit Muscheln, Schnecken und Algen zu verhindern. Durch die allmähliche Freisetzung aus den Anstrichen wurden Meere und Flüsse belastet. Seit 1999 machten Greenpeace-Aktivist*innen mit zahlreichen Aktionen in deutschen Nord- und Ostseehäfen auf das TBT-Problem aufmerksam. Die Umweltschützer*innen entdeckten hohe Konzentrationen des Giftstoffes im Schlick der Häfen, aber auch in Fischen, Wattwürmern und Seehunden. Im Herbst 2001 beschlossen die Mitgliedsländer der

Internationalen Schifffahrtsorganisation ein globales Verbot des TBT-Einsatzes in Schiffsfarben.

2005

Transportstopp in die „Wiederaufarbeitung“

Seit den 1990er Jahren deckte Greenpeace an den sogenannten „Wiederaufarbeitungsanlagen“ – Sellafield (England) und La Hague (Frankreich) – massive radioaktive Verseuchungen auf: Der Meeresboden ist hochgradig kontaminiert, über die Strömung verteilen sich die radioaktiven Abwässer im Meer. Mit den Messungen widerlegte Greenpeace, dass „Wiederaufarbeitung“ eine „schadlose Verwertung“ darstellt, wie sie das deutsche Atomgesetz vorschreibt. 2005 zieht die Bundesregierung die Konsequenz und verbietet Transporte abgebrannter Brennelemente aus deutschen Atomkraftwerken in die „Wiederaufarbeitungsanlagen“.

seit 2006

Millionen Hektar Wald gerettet

Durch öffentlichkeitswirksame Aktionen und intensive Verhandlungen mit Regierungen und Konzernen konnten Greenpeace-Aktivist*innen und Greenpeace zwischen 2006 und heute mehrere Millionen Hektar Wald retten, unter anderem in Brasilien, Indonesien, Finnland, Russland und Kanada.

2008

Anbaumethoden: Die Region Almería geht neue Wege

Ab 2003 arbeitete Greenpeace am Thema „Gift im Essen“, forderte von Handel, Landwirtschaft und Politik Maßnahmen zur Verringerung der Pestizidbelastung. Der Einzelhandel bekam die Kritik der Verbraucher*innen zu spüren. Auch die Produzent*innen in der spanischen Anbauregion Almería gerieten darüber unter Druck – und reagierten: Die Region ging den ersten Schritt hin zu umweltverträglicheren Anbaumethoden.

2011

Europäischer Gerichtshof stoppt Patent auf menschliche Stammzellen

2004 klagte Greenpeace vor dem Bundespatentgericht gegen ein Patent auf Leben, um per Gericht die ethischen Grenzen im Patentrecht klären zu lassen. Der Fall ging bis vor den Europäischen Gerichtshof, der 2011 urteilte: Sind für die Herstellung von Stammzellen menschliche Embryonen zerstört worden, können entsprechende Patente nicht erteilt werden.

2011

Atomausstieg – auch dank Greenpeace

Seit den 1980ern arbeitet Greenpeace Deutschland intensiv gegen die Nutzung der gefährlichen Atomenergie. Die intensive Kampagnenarbeit trug wesentlich

dazu bei, dass immer mehr Menschen diese Energieform kritisch sahen. 2011, nach der Atomkatastrophe von Fukushima, bestätigte die damalige CDU/CSU/FDP-Bundesregierung den – zwischenzeitlich zurückgenommenen – schrittweisen Atomausstieg und den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Damit wurde die Energiewende in Deutschland gesamtgesellschaftlicher Konsens. Greenpeace hatte an dieser Entwicklung maßgeblichen Anteil.

2012

BASF verzichtet auf Pflanzengentechnologie in Europa

Jahrelang haben Greenpeace-Aktivist*innen gegen Gentechnik protestiert und Verbraucher*innen aufgeklärt. Mit Erfolg: Die Öffentlichkeit wurde dauerhaft für die Gefahren sensibilisiert, der Widerstand gegen Gentechnik in Deutschland ist hoch. 2012 verlagerte der Konzern BASF seine Aktivitäten im Bereich der Pflanzengentechnologie von Europa nach Nord- und Südamerika. Die Entwicklung und Kommerzialisierung aller gentechnisch veränderten Produkte, die ausschließlich auf den europäischen Markt ausgerichtet waren, werde gestoppt, hieß es.¹³⁶ Begründung: In weiten Teilen Europas fehle es an entsprechender Akzeptanz.



2009, Deutschland: Greenpeace-Protest auf der Kuppel des Atomkraftwerks Unterweser bei Nordenham.

2013

Klagerecht gegen Atomtransporte durchgesetzt

Über Jahre haben niedersächsische Gerichte die Anwohner*innen an der Castor-Transportstrecke zwischen Dannenberg und dem Zwischenlager in Gorleben abblitzen lassen: Sie seien gegen die Transporte hoch radioaktiven Atomabfalls vor ihrer Haustür nicht klageberechtigt. Greenpeace unterstützte die Bürger*innen beim Gang durch die Instanzen. Mit Erfolg, 2013 urteilte das Bundesverwaltungsgericht: Die Betroffenen können

verlangen, dass geprüft wird, ob der gesetzlich gebotene Schutz gegen Transportunfälle und terroristische Anschläge gewährleistet ist.¹³⁷

2013

Erster Nationalpark in Baden-Württemberg

Ende 2013 beschloss der Landtag in Stuttgart den ersten Nationalpark des Bundeslandes: den Nationalpark Schwarzwald. Das Schutzgebiet ist ein großer Erfolg für die Umweltbewegung in Baden-Württemberg und für die regionalen ehrenamtlichen Greenpeace-Gruppen: Sie hatten sich seit 2011 für den Nationalpark eingesetzt.

2015

Urteil gegen Atommüllzwischenlager

Als erstes deutsches Zwischenlager für Atommüll hat Brunsbüttel seine Betriebserlaubnis verloren: Das Bundesverwaltungsgericht entzog der Lagerstätte endgültig die Genehmigung. Das Urteil bestätigt die Klage eines Bürgers von Brunsbüttel aus dem Jahr 2004. Dieser hatte bemängelt, dass die Risiken eines terroristischen Angriffs auf das Zwischenlager in der schleswig-holsteinischen Stadt nicht ausreichend bedacht worden seien. Greenpeace unterstützte das Klageverfahren.

2016

Verzicht auf Profit

Greenpeace drängte große Fischereifirmen dazu, die Fanggründe der Arktis nicht anzutasten. Ein Bericht zeigte, dass Trawler die Eisschmelze im Zuge des Klimawandels nutzen, um auch im hintersten Winkel der Welt Jagd auf Fisch zu machen. Im Zuge der Kampagne für den Schutz der Arktis konnte Greenpeace Firmen wie McDonald's, Iglo, Tesco und Espersen überzeugen, eine Selbstverpflichtung einzugehen, die das sensible Ökosystem schützt.¹³⁸



2010, Deutschland: Messungen auf einem Anwohner*innengrundstück an der Castor-Transportstrecke nahe Dahlenburg.



2016, Brasilien: Greenpeace half den indigenen Munduruku, ihr Land am Tapajós symbolisch zu markieren.

2016 TTIP-Leaks

Greenpeace Niederlande veröffentlichte mehr als 200 Seiten bislang geheimer TTIP-Dokumente. Darunter waren 13 Verhandlungskapitel, die erstmals die Position der USA offenlegten. Es wurde klar: Deutsche und europäische Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz sind durch das Freihandelsabkommen in Gefahr. So soll das in Europa verankerte Vorsorgeprinzip abgeschafft werden. Auch Teile der Energiewende könnten TTIP zum Opfer fallen. Greenpeace forderte, die rund 500 Millionen EU-Bürger*innen, die das Abkommen betrifft, an den Entscheidungen zu beteiligen. Durch die Veröffentlichung wurden kritische Bundestagsdebatten zum Thema Transparenz bei Handelsvertragsverhandlungen angeregt.¹³⁹

2016 Staudammprojekt im Amazonas gestoppt

Die brasilianische Umweltbehörde gab bekannt, dass der Megastaudamm São Luiz do Tapajós im Herzen des Amazonas nicht gebaut wird. Greenpeace hatte über mehrere Monate hinweg dem indigenen Volk der Mundurucu geholfen, seine Heimat am Tapajós zu schützen. Das Tapajós-Tal zählt zu den artenreichsten Regionen der Erde. Aktivist*innen aus der ganzen Welt waren vor Ort, um friedlich Widerstand gegen den Staudamm zu leisten, 1,2 Millionen Menschen unterzeichneten die Onlinepetition von Greenpeace gegen das Vorhaben.

2016 Ölbohrungen im Watt abgewendet

Die Pläne des Konzerns DEA, im schleswig-holsteinischen Wattenmeer nach Öl zu bohren, sind vom Tisch. Ein Greenpeace-Gutachten hatte gezeigt, dass die Bohrungen nicht rechtens wären. Rund 24.000 Menschen schlossen sich dem Greenpeace-Protest an und schrieben eine Protestmail an den Umweltminister Schleswig-Holsteins, Robert Habeck. Ein von ihm in Auftrag gegebenes Gutachten kam letztlich zum gleichen Ergebnis wie zuvor das Greenpeace-Gutachten.¹⁴⁰

2018 Krillindustrie unterstützt Meeresschutzgebiete

Anlässlich der CCAMLR-Konferenz erklärt der Branchenverband der Krillindustrie, in großen Gebieten rund um die antarktische Halbinsel auf Fischerei zu verzichten – das ist auch ein Erfolg der Greenpeace-Kampagne zum Schutz der Antarktis. Zusätzlich zu ihrer freiwilligen Verpflichtung unterstützen die Fischereiunternehmen ausdrücklich die Forderungen nach einem Schutzgebiet im Weddellmeer und nach einem ganzen Netzwerk von Schutzgebieten. Diese Entwicklung hat Gewicht: Die beteiligten Unternehmen decken zusammen 85 Prozent des Krillfangs in der Antarktis ab.¹⁴¹

2018 Hoffnung für belastete Flüsse

Seit 2011 arbeitet Greenpeace für eine saubere Produktion von Kleidung, die während der Fertigung mit Unmengen von Chemikalien in Kontakt kommt. Darunter sind etliche Risikostoffe, die auch in kleinsten Mengen Umwelt und Gesundheit schädigen können. Im Rahmen der Detox-Kampagne haben sich bis Ende 2018 80 große Unternehmen auf Transparenz in der Lieferkette und Verbannung aller gefährlichen Chemikalien aus der Produktion verpflichtet. Die Detox-Kampagne von Greenpeace hat einen tiefgreifenden Wandel in der Bekleidungsindustrie ins Rollen gebracht.



2016, Deutschland: Greenpeace-Aktivist*innen protestieren im Wattenmeer gegen Ölbohrpläne von DEA.

Quellen*

- 1 Greenpeace Magazin: Der Stachel im Fleisch – Politiker, Künstler, Forscher und Wirtschaftskapitäne gratulieren Greenpeace Deutschland zum 30. Geburtstag, Ausgabe 5 / 2010 unter: <https://www.greenpeace-magazin.de/der-stachel-im-fleisch>
- 2 Stern: Deutsche würden Greenpeace wählen – drei Viertel der Bürger finden Öko-Organisation mindestens so wichtig wie vor 30 Jahren, Stern-Umfrage, 13. Oktober 2010 unter: <http://www.presseportal.de/meldung/1698204>
- 3 Greenpeace e.V.: Greenpeace-Jahresbericht 2017, November 2018, Seite 3 unter: <https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/jahresbericht-2017>
- 4 Abgabenordnung, § 52 – Gemeinnützige Zwecke unter: <https://dejure.org/gesetze/AO/52.html>
- 5 Bulletin (42-1) der Bundesregierung: 1848 – Erbe und Verpflichtung, Rede von Bundespräsident Horst Köhler beim Festakt „Frankfurt – Weimar – Bonn – Berlin, Deutschlands Weg zur Demokratie“ zum 160. Jahrestag der ersten deutschen Verfassung am 27. März 2009 in Frankfurt am Main, 29. März 2009, Seite 13 unter: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/03/Anlagen/42-1-bk.pdf;jsessionid=77259488700BBA9759AB5939142F2D09.s1t1?__blob=publicationFile&v=1
- 6 Greenpeace Magazin: „Der Stachel im Fleisch“ – Politiker, Künstler, Forscher und Wirtschaftskapitäne gratulieren Greenpeace Deutschland zum 30. Geburtstag, Ausgabe 5 / 2010 unter: <https://www.greenpeace-magazin.de/der-stachel-im-fleisch>
- 7 ebenda
- 8 Hamburger Senat: Bürgermeister Scholz – Greenpeace und Hamburg verbindet viel, 31. Oktober 2013 unter: <https://www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/4130260/2013-10-31-pr-greenpeace/>
- 9 Murswiek: Umweltschutz als Staatszweck – die ökologischen Legitimitätsgrundlagen des Staates, 1995, Seite 85
- 10 Ipsen: Völkerrecht, 7. Aufl., 2018, Rz. 20 zu § 8
- 11 Ipsen: Völkerrecht, 7. Aufl., 2018, Rz. 19, 21 zu § 8
- 12 Wolfrum: Die Entwicklung des Seerechts zum Recht der marinen Umwelt, in Ehlers / Erbuth: Aktuelle Entwicklung im Seerecht, 2000, Seiten 69, 80
- 13 Schleswig-Holsteinisches Oberverwaltungsgericht: OVG Schleswig hebt die Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel auf, 20. Juni 2013 unter: https://www.schleswig-holstein.de/DE/Justiz/OVG/Presse/PI_OVG/19062013_OVG_Zwischenlager_Brunsbuettel.html
- 14 Greenpeace e.V. / RA Ulrich Wollenteit: Greenpeace-Stellungnahme zur Verfassungsbeschwerde der Atomkonzerne, 4. Januar 2013 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20130805gp_stellungnahme_verfassungsbeschwerde_evus.pdf
- 15 Hier nur eine Auswahl: Greenpeace e.V. / EUTECH: Klimaschutz – Plan B, nationales Energiekonzept bis 2020, März 2007 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/energiewende_final_neu2.pdf; Greenpeace e.V.: Der Plan – Deutschland ist erneuerbar, Mai 2011 unter: <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/20110501-Der-Plan-Energiewende-ohne-Atom-und-Kohle.pdf>; Greenpeace e.V. / Fraunhofer IEE: 2030 kohlefrei – wie eine beschleunigte Energiewende Deutschlands Beitrag zum Pariser Klimaschutzabkommen sicherstellt, September 2018 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/2030_kohlefrei_fraunhofer_ief_greenpeace.pdf; Greenpeace e.V. / Fraunhofer IEE: Energieszenario für 2020, August 2018 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/energieszzenario_fuer_2020.pdf
- 16 Umweltbundesamt, Erneuerbare Energien in Zahlen, 1. Oktober 2018 unter: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/erneuerbare-energien/erneuerbare-energien-in-zahlen#textpart-1>
- 17 Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien (Erneuerbare-Energien-Gesetz – EEG 2017), Ausfertigungsdatum 21. Juli 2014, letzte Änderung unter: https://www.gesetze-im-internet.de/eeg_2014/BJNR106610014.html
- 18 Greenpeace International / European Renewable Energy Council: energy [r]evolution – a sustainable world energy outlook, Januar 2007 unter: <http://www.greenpeace.org/norway/Global/norway/p2/other/report/2007/energyrevolution.pdf>
- 19 ebenda, Seite 3
- 20 Stuttgarter Zeitung: Irritationen in Brüssel – wird aus Oettinger ein Grüner?, 9. Juli 2010 unter: <https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.iritationen-in-bruessel-wird-aus-oettinger-ein-gruener.b92c4a7e-eede-4e3e-81cf-ccf4d595d8b3.html>
- 21 Bundesgesetzblatt, Jahrgang 2011, Teil 1 / Nr. 43, ausgegeben zu Bonn, 5. August: 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes, 31. Juli 2011 unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=//%5B@attr_id=%27bgbl111s1704.pdf%27%5D#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl111s1704.pdf%27%5D__1551879483454
- 22 Bundesverfassungsgericht: 1 BvR 2821/11 Urteil, 6. Dezember 2016 unter: https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Downloads/DE/2016/12/rs20161206_1bvr282111.pdf?__blob=publicationFile&v=26
- 23 Greenpeace e.V. / RA Ulrich Wollenteit: Greenpeace-Stellungnahme zur Verfassungsbeschwerde der Atomkonzerne, 4. Januar 2013 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20130805gp_stellungnahme_verfassungsbeschwerde_evus.pdf
- 24 Greenpeace e.V. / EUTECH: Klimaschutz – Plan B 2050, Energiekonzept für Deutschland (Langfassung), 2009 unter: https://www.greenpeace-energy.de/fileadmin/docs/publikationen/Plan_B_Langfassung.pdf
- 25 BMWi: Einsetzung der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, Juni 2018 unter: https://www.bmw.de/Redaktion/DE/Downloads/E/einsetzung-der-kommission-wachstum-strukturwandel-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- 26 Greenpeace plädierte mit weiteren Kommissionsmitgliedern in einem Sondervotum für einen Kohleausstieg 2030, siehe: Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“, Abschlussbericht, Januar 2019, Seite 119 unter: https://www.kommission-wsb.de/WSB/Redaktion/DE/Downloads/abschlussbericht-kommission-wachstum-strukturwandel-und-beschaeftigung.pdf?__blob=publicationFile&v=4
- 27 Greenpeace e.V.: Vorschlag für ein „Gesetz über die geordnete Beendigung der CO₂-intensiven Steinkohle- und Braunkohleverstromung“ (Kohleausstiegsgesetz), November 2008 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/Kohleausstiegsgesetz_0.pdf; Kohleausstiegsgesetz – Verteilung der Reststrommengen und Folgenabschätzung für den Kohlekraftwerkspark, Mai 2012 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/GP_Studie_Kohleausstiegsgesetz_1.pdf; Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland? Februar 2016 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/160222_klimaschutz_paris_studie_02_2016_fin_neu.pdf
- 28 Greenpeace e.V.: Urwälder in Finnland geschützt – Happy End für Sámi, Rentiere und Bäume, 2012 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/schutzgebiete/urwaelder-finnland-geschutzt-happy-end-fur-sami-rentiere-und-baume>
- 29 Greenpeace e.V.: Regierung verkündete Einrichtung des Kalevalski-Nationalparks – Greenpeace im Glück: Urwaldnationalpark in Russland, 5. Dezember 2006 unter: <https://www.greenpeace.de/presse/presseerlaerungen/greenpeace-im-glueck-urwald-nationalpark-russland>
- 30 Greenpeace e.V.: Victory! Greenpeace feiert umfassenden Schutz des Great Bear Rainforest, 31. März 2009 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/victory-greenpeace-feiert-umfassenden-schutz-des-great-bear-rainforest>
- 31 Greenpeace e.V.: Schutz für den Great-Bear-Regenwald, Februar 2016 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/schutz-fuer-den-great-bear-regenwald>
- 32 Food and Agriculture Organization of the United Nations: Towards climate-responsible peatlands management, Mitigation of Climate Change in Agriculture (9), 2014, Seite 9 unter: <http://www.fao.org/3/a-i4029e.pdf>
- 33 Golden Agri-Resources Initiates Industry Engagement for Forest Conservation, 9 Februar 2011 unter: <https://www.smart-tbk.com/pdfs/Announcements/110209%20Golden%20Agri-Resources%20Initiates%20Industry%20Engagement%20for%20Forest%20Conservation.pdf>
- 34 Greenpeace International: The Final Countdown: Now or never to reform the palm oil industry, 19. September 2018 unter: <https://www.greenpeace.org/international/publication/18455/the-final-countdown-forests-indonesia-palm-oil/>

* Internetlinks eingesehen im März 2019

- 35 Greenpeace e.V.: Greenpeace zeigt Urwaldvernichtung auf Google Earth, 29. Januar 2009 unter: <https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/greenpeace-zeigt-urwaldvernichtung-auf-google-earth>; Greenpeace e.V. / Greenpeace International: Wie Rinder den Regenwald fressen – Mato Grosso in Amazonien, ein Gebiet der Zerstörung, Juni 2009 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/wie_rinder_den_regenwald_fressen_0.pdf
- 36 Greenpeace e.V.: Greenpeace-Erfolg zum Schutz des Amazonas – brasilianische Rinderindustrie stimmt Moratorium zum Schutz des Regenwaldes zu, 6. Oktober 2009 unter: <https://www.presseportal.de/pm/6343/1488096>
- 37 Greenpeace e.V.: Das Abkommen, das den Handel mit Soja aus Waldzerstörung verbietet, wurde unbefristet verlängert, 10. Mai 2016 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/fristlos-geschuetzt>
- 38 Instituto Nacional de Pesquisas Espaciais unter: <http://www.inpe.br>
- 39 Union of concerned scientists: Deforestation success stories – Tropical nations where forest protection and reforestation policies have worked, Juni 2014, Seiten 9-11 unter: https://www.ucsusa.org/sites/default/files/legacy/assets/documents/global_warming/deforestation-success-stories-2014.pdf
- 40 Greenpeace Brasilien: Deforestation in the Amazon reaches decade high, 23. November 2018 unter: <https://www.greenpeace.org/brasil/press/brazil-deforestation-in-the-amazon-reaches-decade-high/>
- 41 Greenpeace e.V.: Unsichtbare Folgen – Wasserverschmutzung durch Industrie – Kosten für Menschen, Umwelt und Wirtschaft, Mai 2011 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/Zusammenfassung_ReportHC_FINAL_0.pdf
- 42 Greenpeace e.V. / Greenpeace International: Teil 1: Schmutzige Wäsche: Die Belastung chinesischer Flüsse durch Chemikalien aus der Textilindustrie, 2011 unter: <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/20110713-Schmutzige-Waesche-China-Detox.pdf>; Teil 2: Schmutzige Wäsche: Zum Trocknen aufgehängt – Giftige Spuren vom Abflussrohr bis zum T-Shirt, August 2011 unter: http://www.greenpeace.org/austria/Global/austria/dokumente/Reports/umweltgifte_SchmutzigeWaesche2_Report_20110823.pdf; Teil 3: Schmutzige Wäsche: Gefährliche Chemie aus der Waschtrommel – wie Modemarken ihre Kunden zu unfreiwilligen Komplizen machen, 2012 unter: http://www.greenpeace.org/austria/Global/austria/dokumente/Reports/umweltgifte_Schmutzige_Waesche3-zusf-de_120320.pdf
- 43 Greenpeace e.V.: Sieben Jahre Detox-Kampagne: Greenpeace zieht Bilanz, 12. Juli 2018 unter: <https://www.greenpeace.de/destinationzero>
- 44 Greenpeace e.V.: Sportartikelhersteller verpflichtet sich auf glaubwürdige Zwischenziele – Greenpeace-Erfolg: Adidas wird entgiftet, 11. Juni 2014 unter: <http://www.presseportal.de/pm/6343/2758697/greenpeace-erfolg-adidas-wirdentgiften-sportartikelhersteller-verpflichtet-sich-auf-glaubw-rdige>
- 45 International Chemical Secretariat: China identifies 58 chemicals to act on, 2013 unter: <http://www.chemsec.org/news/news-2013/january-march/1135-china-identifies-58-chemicals-to-act-on> [eingesehen und als Datei gesichert 11.2014]
- 46 Deutschlandfunk: Schmutzige Wäsche – Chemikalien in Importtextilien belasten Gewässer, Umwelt und Verbraucher, 20. März 2012 unter: https://www.deutschlandfunk.de/schmutzige-waesche.697.de.html?dram:article_id=79042
- 47 Greenpeace e.V.: Greenpeace testet Aldi, Lidl, Rewe und Tchibo – Kinderkleidung von Discountern enthält gefährliche Chemie, 23. Oktober 2014 unter: <https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/kinderkleidung-von-discountern-enthaelt-gefaehrliche-chemie>
- 48 Greenpeace e.V.: Dreckige Discounters – gefährliche Chemikalien in Supermarkt-Kleidung, Oktober 2014 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/detox_fs_discounters_final20102014_0.pdf
- 49 Greenpeace e.V.: Textil-Siegel im Greenpeace-Check (5. Auflage), April 2018 unter: <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/e01211-greenpeace-chemie-einkaufsratgeber-textil-siegel-2018.pdf>
- 50 Spiegel online: Deutlich weniger Superschadstoffe in Textilien, 12. Juli 2018 unter: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/service/textilindustrie-zahl-der-schadstoffe-sinkt-dank-greenpeace-kampagne-a-1217991.html>; Greenpeace e.V.: Sieben Jahre Detox-Kampagne: Greenpeace zieht Bilanz, 12. Juli 2018 unter: <https://www.greenpeace.de/destinationzero>
- 51 Greenpeace International: Senegal cancels fishing licenses for 29 foreign trawlers, our congratulations to the Fisheries Minister, 4. Mai 2012 unter: <https://www.greenpeace.org/archive-africa/en/News/news/Senegal-cancels-fishing-licenses-for-29-foreign-trawlers-our-congratulations-to-the-Fisheries-Minister/>
- 52 Greenpeace International: Senegal's catch of a lifetime – a victory for fishing communities, 23. August 2012 unter: <https://www.greenpeace.org/archive-africa/en/News/news/Senegal's-Catch-of-a-Lifetime/>; <https://www.youtube.com/watch?v=Qr-MFwF3qFg>
- 53 Food and Agriculture Organization of the United Nations, Fisheries and Aquaculture Department: State of World Fisheries and Aquaculture – meeting the sustainable development goals, 2018, Seite 39 unter: <http://www.fao.org/3/I9540EN/i9540en.pdf>
- 54 Greenpeace e.V.: Einkaufsratgeber Fisch, Januar 2016 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20160120_greenpeace_fischratgeber_2016_0.pdf
- 55 Greenpeace e.V.: Patent des Klonforschers Oliver Brüstle umfasst die Züchtung menschlicher Embryonen – Greenpeace klagt gegen Klon-Patent, 20. Oktober 2004 unter: <http://www.greenpeace.de/presse/presseerkl%C3%A4rungen/greenpeace-klagt-gegen-klon-patent>
- 56 Gerichtshof der Europäischen Union: Ein Verfahren, das durch die Entnahme von Stammzellen, die aus einem menschlichen Embryo im Blastozystenstadium gewonnen werden, die Zerstörung des Embryos nach sich zieht, ist von der Patentierung auszuschließen, 18. Oktober 2011 unter: <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2011-10/cp110112de.pdf>
- 57 Frankfurter Allgemeine Zeitung: EuGH-Urteil zu embryonalen Stammzellen – Leben mit Würde, 18. Oktober 2011 unter: <http://www.faz.net/aktuell/politik/eugh-urteil-zu-embryonalenstammzellen-leben-mit-wuerde-11497723.html>
- 58 Schwäbische Zeitung: Der Zellhaufen ist ein Mensch, 18. Oktober 2011 unter: <http://www.presseportal.de/pm/102275/2132048/schwaebische-zeitung-der-zellhaufen-istein-mensch-leitartikel?search=Der,Zellhaufen,ist,ein,Mensch>
- 59 Spiegel: Allianz gegen Gentechnik – Kampf für die patentfreie Sau, 15. April 2009 unter: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/allianz-gegen-gentechnik-kampf-fuer-diepatentfreie-sau-a-619199.html>
- 60 Greenpeace e.V.: Wichtiger Erfolg für Verbraucher und Landwirte in Europa – Patent auf Züchtung von Schweinen gestoppt, 23. April 2010 unter: <http://www.presseportal.de/pm/6343/1600638/patent-auf-z-chtung-von-schweinengestoppt-greenpeace-wichtiger-erfolg-f-r-verbraucher-und; Europäisches Patentregister: EP1651777, 2010 unter: https://register.epo.org/application?number=EP04778518>
- 61 Patentnummer: WO/2009/097403
- 62 no patents on seeds: Keine Patente auf Saatgut und Tiere aus konventioneller Züchtung, gemeinsamer offener Brief an die Große Beschwerdekammer des Europäischen Patentamtes, Regierungsvertreter, Aufsichtsräte der Agrarindustrienternehmen, 2007 unter: <https://www.gen-ethisches-netzwerk.de/files/globaler%20aufruf.pdf>
- 63 Deutscher Bundestag: Antrag der Fraktionen CDU / CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Keine Patentierung von konventionell gezüchteten landwirtschaftlichen Nutztieren und -pflanzen, Drucksache 17 / 8344, 17. Januar 2012 unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/17/083/1708344.pdf>
- 64 EU-Parlament: Entschließung des Europäischen Parlaments zur Patentierung von im Wesentlichen biologischen Verfahren, 10. Mai 2012 unter: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//NONSGML+TA+P7-TA-2012-0202+0+DOC+PDF+V0//DE>
- 65 Bundesgesetzblatt: Gesetz zur Novellierung patentrechtlicher Vorschriften und anderer Gesetze des gewerblichen Rechtsschutzes, Jahrgang 2013 Teil I Nr. 63, 24. Oktober 2013 unter: https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/text.xav?SID=&tf=xaver.component.Text_0&toctf=&qmf=&hlf=xaver.component.Hitlist_0&bk=bgbl&start=%2F%2F%5B%40node_id%3D%27267511%27%5D&skin=pdf&tlevel=-2&nohist=1
- 66 Bundesregierung: Ein neuer Aufbruch für Europa, eine neue Dynamik für Deutschland, ein neuer Zusammenhalt für unser Land, Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD 19. Legislaturperiode, 2018 unter: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf?file=1
- 67 BMU / BfN: Naturbewusstsein 2017, Bevölkerungsumfrage zu Natur und biologischer Vielfalt, 2017 unter: https://www.bmu.de/fileadmin/Daten_BMU/Pool/Broschueren/naturbewusstseinsstudie_2017_de_bf.pdf

- 68 Bundesinstitut für Risikobewertung: Novel Foods unter: http://www.bfr.bund.de/de/novel_foods-215.html
- 69 Greenpeace e.V.: Essen ohne Gentechnik – Einkaufsratgeber zu den Eigenmarken der Supermärkte, Juli 2015 unter: http://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/e00962_ds_greenpeace_ratgeber_gentechnik_7_15.pdf
- 70 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Aigner verbietet den Anbau von MON810, 14. April 2009 unter: <http://www.bmelv.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/2009/063AI-Mon810.html> [eingesehen und als Datei gesichert 11.2014]
- 71 Greenpeace e.V.: Geschichte des Verbraucherinformationsgesetzes, Juli 2012 unter: <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/20120725-Geschichte-des-Verbraucherinformationsgesetz.pdf>
- 72 Greenpeace e.V.: Das Verbraucherinformationsgesetz unter der Lupe – rechtliche Stellungnahme zum Verbraucherinformationsgesetz (VIG) durch Dr. Michéle John, 23. April 2008 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/VIGStellEndf080325_deckblatt3_0.pdf
- 73 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft: Aigner: Das neue Verbraucherinformationsgesetz stärkt die Informationsrechte der Bürgerinnen und Bürger, 13. August 2012 unter: <http://www.informationsfreiheitsgesetz.net/blog/2012/08/13/pm-aigner-das-neue-verbraucherinformationsgesetz-starkt-die-informationsrechte-der-buergerinnen-und-buerger/>
- 74 Greenpeace e.V.: Gegen das Schweigen der Ämter – Greenpeace präsentiert Bürgerinformationsgesetz, 27. April 2011 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/umwelt-gesellschaft/wirtschaft/greenpeace-praesentiert-buergerinformationsgesetz>
- 75 EU-Verordnung Nr. 1307 / 2013 des Europäischen Parlaments und des Rates, 17. Dezember 2013 unter: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02013R1307-20180205>
- 76 Hamburger Abendblatt: Razzien – Zoll durchsucht Fabriken und Büros, 370 Millionen Euro mit Zucker ergaunert?, 12. Juni 2009 unter: <https://www.abendblatt.de/hamburg/article107520925/370-Millionen-Euro-mit-Zucker-ergaunert.html>
- 77 New York Times: Huge fraud afoot in EU sugar market, 26. Oktober 2009 unter: <https://www.nytimes.com/2009/10/27/world/europe/27iht-sugar.html>
- 78 Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit: 3. Tätigkeitsbericht zur Informationsfreiheit 2010 und 2011, 2012, Seite 75f. unter: https://www.bfdi.bund.de/SharedDocs/Publikationen/Taetigkeitsberichte/TB_IFG/3TB10_11.pdf?__blob=publicationFile&v=9
- 79 Von konkreten Energieszenarien und Vorschlägen, wie eine Verkehrswende gestaltet werden kann, über eine Waldvision bis hin zu konkreten Schritten in Richtung einer Agrarwende – Greenpeace arbeitet mit anerkannten Instituten zusammen, um mögliche Wege in die Zukunft aufzuzeigen. Mehr unter: <https://www.greenpeace.de/plaene-fuer-eine-bessere-zukunft>
- 80 Greenpeace e.V.: Vor 25 Jahren: Greenpeace entwickelte Kühlschrank ohne schädliche Kältemittel, 15. März 2018 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/klimawandel/klimaschutz/der-greenfreeze-geschichte-eines-siegeszugs-0; Spiegel: Erster FCKW-freier Kühlschrank – Öko-Coup aus Ostdeutschland, 13. März 2013 unter: http://www.spiegel.de/einestages/oeko-revolution-aus-ostdeutschland-wie-foron-den-ersten-fckw-freien-kuehlschrank-der-welt-erfand-a-951064.html>
- 81 Stafford, Hartman: NGO-initiated sustainable entrepreneurship and social partnerships – Greenpeace's „solutions“ campaign for natural refrigerants in North America, in Seitani, Crane: Social Partnerships and Responsible Business: A Research Handbook, 2014, Seite 164ff.
- 82 Greenpeace e.V.: Greenpeace entwickelt Solar-Kühlschrank für Impfstoffe, 2014 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/klimawandel/klimaschutz/solarchill-eine-chance-fuer-die-armen>
- 83 u.a. Greenpeace e.V.: President of India to become first customer for new solar-powered, ozone-friendly vaccine refrigerator, 1. November 2006 unter: <http://www.unep.fr/ozonaction/information/mmcfiles/4831-e-SolarChillIndia.pdf>
- 84 Greenpeace e.V.: Greenpeace-Kühlschrank erhält Zulassung und tritt Siegeszug an – Menschenleben retten und Umwelt schützen, 1. April 2010 unter: <http://www.greenpeace.de/presse/presseerklaerungen/menschenleben-retten-und-umwelt-schuetzen>
- 85 Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit: proklima / Southern Africa – introducing solar-powered refrigerators in Southern Africa unter: <https://www.giz.de/expertise/downloads/Fachexpertise/giz2012-en-solar-chill-project.pdf>
- 86 Greenpeace e.V.: Das SmILE-Prinzip – der Spitzentrumpf für's Klima, April 2007 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/greenpeace_smile_broschuere_1.pdf
- 87 Deutsches Museum: Greenpeace-Auto kommt ins Deutsche Museum, 1. Juni 2015 unter: <https://www.deutsches-museum.de/presse/pressearchiv/presse-2015/greenpeace-smile/>
- 88 Greenpeace e.V.: Klimaforschung – Greenpeace-Expeditionen in die Arktis, 2012 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/arktis/klimaforschung-greenpeace-expeditionen-die-arktis>; Greenpeace International: Vulnerable ecosystems revealed in Antarctic seafloor dives to receive protection, 18. Juli 2018 unter: <https://www.greenpeace.org/international/press-release/17832/vulnerable-ecosystems-revealed-in-antarctic-seafloor-dives-to-receive-protection/>
- 89 Greenpeace e.V.: Zusammenfassung, Greenpeace Nachhaltigkeitsbarometer – was bewegt die Jugend, Oktober 2012 unter: https://www.leuphana.de/fileadmin/user_upload/Forschungseinrichtungen/infu/unescochair/pages/Publikationen/nachhaltigkeitsbarometer_zusammenfassung.pdf; Greenpeace e.V.: Zusammenfassung, Greenpeace Nachhaltigkeitsbarometer 2015 – Nachhaltigkeit bewegt die jüngere Generation, Januar 2016 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/nachhaltigkeitsbarometer-2015-zusammenfassung-greenpeace-20160113_0.pdf
- 90 Greenpeace Umweltbildung unter: <https://www.greenpeace.de/themen/mitmachen/umweltbildung>
- 91 Greenpeace e.V.: Schulen engagieren sich für Klimaschutz, 2. November 2017 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/mitmachen/umweltbildung/schule-in-aktion>
- 92 Greenpeace e.V.: Bildung für nachhaltige Entwicklung, 2016 unter: https://www.greenpeace.de/bildung_bne
- 93 Deutscher Bundestag: Ausschüsse der 18. Wahlperiode, Bildung für nachhaltige Entwicklung, 17. März 2016 unter: <https://www.bundestag.de/ausschuesse/ausschuesse18/gremien18/nachhaltigkeit/presse/20160317/415622>
- 94 Bündnis ZukunftsBildung: Offener Brief zu den Nachfolgeaktivitäten der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“, September 2014 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20140923_offener_brief_buendnis_zukunftsbildung.pdf
- 95 UNESCO-Weltaktionsprogramm Bildung für nachhaltige Entwicklung, unter: <https://www.bne-portal.de/de/bundesweit/weltaktionsprogramm-deutschland>
- 96 Deutscher Bundestag: Drucksache 18/4188, 3. März 2015 unter: <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/18/041/1804188.pdf> und offener Brief Bündnis ZukunftsBildung, s.o.
- 97 BMBF: Mitglieder der Nationalen Plattform Bildung für nachhaltige Entwicklung, Juni 2017 unter: https://www.bne-portal.de/sites/default/files/downloads/Mitglieder_Nationale_Plattform.pdf
- 98 Greenpeace bewertete den Atomunfall bereits am 25. März 2011 korrekt als INES 7-Ereignis, s. Greenpeace e.V.: Atomunfall in Japan hat höchste INES-Stufe 7 erreicht, 25. März 2011 unter: <https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/atomunfall-japan-hat-hoehste-ines-stufe-7-erreicht; Die Internationale Atomenergiebehörde bewertete den Atomunfall erst am 12. April 2011 als INES 7-Ereignis, s. IAEA: Fukushima Nuclear Accident Update Log, 12. April 2011 unter: https://www.iaea.org/newscenter/news/fukushima-nuclear-accident-update-log-15>
- 99 Greenpeace International: Radiation surveys – Fukushima, 30. Oktober 2014 unter: http://www.greenpeace.org/international/en/campaigns/nuclear/safety/accidents/Fukushima-nuclear-disaster/Radiation-field-team; Greenpeace International: Radiation Reloaded, Ecological Impacts of the Fukushima Daiichi Nuclear Accident, five years later, März 2016 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/gpj-_fukushima-radiation_reloaded_report_issue_040316_lr_2.pdf; Greenpeace International: Reflections in Fukushima: The Fukushima Daiichi accident, seven years on, März 2018 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/report_fukushima_2018.pdf
- 100 Greenpeace e.V.: Greenpeace fordert Ausweitung der Evakuierungszone auf 40 Kilometer rund um Fukushima Daiichi, 30. März 2011 unter: <https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/greenpeace-fordert-ausweitung-der-evakuierungszone-auf-40-kilometer-rund>
- 101 Spiegel: Sperrzone um Fukushima: Wie weit ist weit genug? 5. April 2011 unter: <http://www.spiegel.de/panorama/sperrzone-um-fukushima-wie-weit-ist-weit-genug-a-754440.html>

- 102 Greenpeace Japan: Unequal Impact, März 2017 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170303_greenpeace_report_fukushima_women_unequal_impact_engl.pdf
- 103 Greenpeace International: Greenpeace investigation shows Fukushima radiation risks to last into next century, 1. März 2018 unter: <https://www.greenpeace.org/international/press-release/15062/greenpeace-investigation-shows-fukushima-radiation-risks-to-last-into-next-century/>
- 104 UNHR: Japan must halt returns to Fukushima, radiation remains a concern, says UN rights expert, 25. Oktober 2018 unter: <https://ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=23772&LangID=E>
- 105 Greenpeace e.V.: Firefighter – Greenpeace-Freiwillige im Einsatz gegen Waldbrände in Russland, 2012 unter: <http://issuu.com/greenpeace/de/docs/firefighter>
- 106 zur Gründung s. <http://www.bergwaldprojekt.de/themen/walder/das-bergwaldprojekt>
- 107 s. <https://www.bergwaldprojekt.de/ueber-uns/verein>
- 108 Greenpeace e.V.: Supermarktranking 2011: Fortschritte beim Fischeinkauf, 14. Dezember 2011 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/meere/fischerei/supermarktranking-2011-fortschritte-beim-fischeinkauf>
- 109 Greenpeace e.V.: Greenpeace-Erfolg im Gemüsegarten Europas, 2012 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/landwirtschaft/pestizide/greenpeace-erfolg-im-gemuesegarten-europas>; Greenpeace e.V.: Almeria will grüner werden, 8. Februar 2008 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/landwirtschaft/pestizide/almeria-will-gruener-werden>
- 110 Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft, 2001 unter: <https://www.bmfsfj.de/blob/100878/ddd609c8dcb73b478edd9da827d02e2/prm-3042-ausstellung-data.pdf>
- 111 Grußworte aus dem Programmheft zum Bürgerfest des Bundespräsidenten, September 2012 unter: https://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Pressemitteilungen/120909-Programm-Buergerfest.pdf?__blob=publicationFile
- 112 Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf: Pressemitteilung Nr. 1010, Verleihung der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Elfriede Hendricks, 23. November 2017 unter: <https://www.berlin.de/ba-steglitz-zehlendorf/aktuelles/pressemitteilungen/2017/pressemitteilung.651338.php>
- 113 Internetseite der Greenteams unter: <https://www.kids.greenpeace.de>
- 114 Clever! Arbeitsbuch für Politik und Wirtschaft, Rubrik: Jugendliche in der Gesellschaft, Schöningh Verlag, 2014, Seite 30-31
- 115 Deutsche Kinemathek / Museum für Film und Fernsehen: Im Dschungel – eine Ausstellung für Kinder, Urwaldschutz ist Klimaschutz – die Greenteams decken auf, Juni 2010 unter: <http://www.deutsche-kinemathek.de/de/ausstellungen/rueckblick/2011/im-dschungel/veranstaltungen>
- 116 Greenpeace e.V.: Kids for Oceans – Stimmen für den Meeresschutz einfangen, 23. Juni 2011 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/meere/meeresschutzgebiete/kids-oceans-stimmen-fuer-den-meeresschutz-einfangen>
- 117 Greenpeace e.V.: Der Film: Kids for Earth beim Weltklimagipfel, 20. November 2017 unter: <https://kids.greenpeace.de/taxonomy/term/9?type=news&page=3>
- 118 Greenpeace e.V.: „Kids for Earth“ bringen Post für Sigmar Gabriel – 500 Kinder von Greenpeace demonstrieren bei der UN-Biodiversitätskonferenz in Bonn für den Urwaldschutz, 19. Mai 2008 unter: <https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/kids-earth-bringen-post-fur-sigmar-gabriel>
- 119 Internetseite der Greenpeace-Jugend unter: <https://greenpeace-jugend.de/index.php>
- 120 Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Ausgezeichnet! (Band 3) – Freiwilligenmanagement in Jugendorganisationen, 1. Auflage 2014, Seite 91-100 unter: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSI/Publikationen/GrauePublikationen/Ausgezeichnet_3_FINAL.pdf
- 121 Greenpeace-Gruppe Münster: Leuchtender Protest für den Schutz der Arktis – 120 Jugendliche protestieren während des Kirchentages auf der Binnenalster, 4. Mai 2013 unter: <https://www.muenster.greenpeace.de/presse/leuchtender-protest-fuer-den-schutz-der-arktis>
- 122 Greenpeace e.V.: Anbaden für den Ausstieg, 6. Mai 2018 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/klimawandel/klimaschutz/anbaden-fuer-den-ausstieg>
- 123 Greenpeace e.V.: Greenpeace-Jugend stürmt die höchsten Punkte aller Bundesländer – Gipfelsturm für die Energiewende, 13. Mai 2011 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/atomkraft/gipfelsturm-fuer-die-energiewende>
- 124 Hintergrund zur Greenpeace-Divestmentkampagne: <https://www.greenpeace-koeln.de/category/divestment>
- 125 Greenpeace e.V.: Riesige Freude über Nationalpark Schwarzwald, 28. November 2013 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/waelder/schutzgebiete/riesige-freude-ueber-nationalpark-schwarzwald>
- 126 Informationen zur damaligen Kampagne in Freiburg unter: <http://www.urwaldfreundliches-freiburg.de>
- 127 Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe: Wege zur Nachhaltigkeit, Green City Freiburg, Dezember 2016, Seite 16 unter: http://www.freiburg.de/pb/site/Freiburg/get/640887/GCBrosch%C3%BCre_D-2014.pdf
- 128 Greenpeace e.V.: Kursbuch Agrarwende 2050 – ökologisierte Landwirtschaft in Deutschland, Januar 2017 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20170105_studie_agrarwende2050_lf.pdf
- 129 Kantar Emnid / Greenpeace e.V.: Umfrage zu Konsum von Wurst und Fleisch in Deutschland, Dezember 2016 unter: <https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20181221-greenpeace-umfrage-fleisch-wurst-konsum.pdf>
- 130 Lidl: Einfach und transparent: Lidl druckt Haltungskennzeichnung auf Frischfleischverpackungen, 1. Februar 2018 unter: https://unternehmen.lidl.de/Presseleases/180201_Haltungskompass
- 131 Edeka: EDEKA setzt gemeinsame Haltungskennzeichnung des Handels um, 11. Januar 2019 unter: <https://verbund.edeka/presse/pressemitteilungen/edeka-setzt-gemeinsame-haltungskennzeichnung-des-handels-um.html>
- 132 Bundeskanzleramt: Schreiben an die Greenpeace-Gruppe Marburg, 28. Januar 2010
- 133 Greenpeace e.V.: Gemeinwohlbilanz des Greenpeace e.V., März 2018 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/greenpeace-gemeinwohlbilanz_2017_version_14.0_3.18.pdf; Greenpeace e.V.: Gemeinwohl-Ökonomie: Wie die Wirtschaft wieder den Menschen dient – und nicht dem Geld an sich, März 2018 unter: https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/gemeinwohloekonomie_greenpeace_12.03.18.pdf
- 134 Klausurtagung der CDU-Landtagsfraktion in Berlin, 5. Juni 2014 unter: http://www.cdu-fraktion-rlp.de/aktuell/termine/pressemitteilung/news/klausurtagung-der-cdu-landtagsfraktion-in-berlin-2/?tx_news_pi1%5Baction%5D=detail&tx_news_pi1%5Bcontroller%5D=News
- 135 Meldung des studierendenWERKs Berlin unter: <https://www.stw.berlin/mensen/themen/pappesatt.html>
- 136 BASF: BASF konzentriert Pflanzenbiotechnologie-Aktivitäten auf Hauptmärkte in Nord- und Südamerika, 16. Januar 2012
- 137 Bundesverwaltungsgericht: Anwohner können gegen Castortransporte klagen, 14. März 2013 unter: <http://www.bverwg.de/presse/pressemitteilungen/pressemitteilung.php?jahr=2013&nr=16>
- 138 Greenpeace e.V.: Arktisschutz – Greenpeace erreicht Selbstverpflichtung von Iglo, McDonald's und Fischereiunternehmen, 25. Mai 2016 unter: <https://www.greenpeace.de/presse/presseerklarungen/arktisschutz-greenpeace-erreicht-selbstverpflichtung-von-iglo-mcdonalds>
- 139 Deutscher Bundestag: Opposition bekräftigt Widerstand gegen TTIP, 11. Mai 2016 unter: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2016/kw19-aktuelle-stunde-ttip/422494>; Hintergrundinformationen unter: <https://trade-leaks.org/ttip/>
- 140 Greenpeace e.V.: Doppelt hält besser, 19. Dezember 2016 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/meere/industriegebiet-meer/doppelt-haelt-besser>
- 141 Greenpeace e.V.: Nach Greenpeace-Kampagne – Krillindustrie unterstützt Meeresschutzgebiete in der Antarktis, 10. Juli 2018 unter: <https://www.greenpeace.de/themen/meere/meeresschutzgebiete/ins-gewissen-geredet>

Greenpeace Berater- / Kooperations- / Beobachterstatus – eine Auswahl

Beraterstatus

Consultative Status

UN-Wirtschafts- und Sozialrat

ECOSOC – United Nations Economic and Social Council

Internationale Seeschifffahrtsorganisation

IMO – International Maritime Organisation

Kooperationsstatus

Liaison Status

UN-Welternährungsorganisation

FAO – Food and Agriculture Organisation of the United Nations

Beobachterstatus

Observer Status

EU-Kommission

EU-Parlament

UN-Umweltprogramm

UNEP – United Nations Environment Programme

Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen

UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change

UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung

CSD – United Nations Commission on Sustainable Development

Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen

IPCC – Intergovernmental Panel on Climate Change

Übereinkommen zum Schutz der biologischen Vielfalt

CBD – Convention on Biological Diversity

Washingtoner Artenschutzübereinkommen

CITES – Convention on International Trade in Endangered Species of Wild Fauna and Flora

Internationale Walfangkommission (regelmäßig zu beantragen)

IWC – International Whaling Commission

Übereinkommen zum Schutz des Nordostatlantiks

OSPAR – Convention for the Protection of the Marine Environment of the North-East Atlantic

Montreal-Protokoll: über Stoffe, die zu einem Abbau der Ozonschicht führen

on Substances that Deplete the Ozone Layer

Stockholmer Übereinkommen über persistente organische Schadstoffe

Stockholm Convention on Persistent Organic Pollutants

Barcelona-Konvention / Aktionsplan zum Schutz des Mittelmeeres

Barcelona Convention for the Protection of The Mediterranean Sea / UNEP Mediterranean Action Plan

Atomwaffensperrvertrag (regelmäßig zu beantragen)

NPT – Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace ist eine internationale Umweltorganisation, die mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen kämpft. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik, Parteien und Industrie. Rund 590.000 Menschen in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt.